Abonnements: Monatlich 55 Pfg. ausschließlich Trägerlohn; durch die Post bezogen bei Selbstabholung vierteljährlich Mark 2.10, monatlich 70 Pfg. — Erscheint an allen Wochentagen nachmittags.

Telegramm-Adresse: „Volksstimme, Frankfurtmain".
Telephon-Anschluß: Amt Hansa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate: Die 6gespaltene Petitzeile kostet 15 Pfg., bei Wiederholung Rabatt nach Tarif. Inserate für die fällige Nummer müssen bis abends 8 Uhr in der Expedition Wiesbaden aufgegeben sein. Schluß der Inseratenannahme in Frankfurt am Main vormittags 9 Uhr.

Postscheckkonto 529.
Uniondruckerei, G. m. b. H. Frankfurt a. M.
(nicht Volksstimme adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Dr. Max Quarck, für den übrigen Teil: Gustav Hammer, beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe

Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt a. M., Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Wellritzstr. 49 Telephon 1026. **Wiesbaden** Expedition: Bleichstraße 9 Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier. — Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der Union-Druckerei, G. m. b. H., sämtl. in Frankfurt a. M.

Nr. 248. Freitag den 23. Oktober 1914. 25. Jahrgang.

Deutsche Unterseeboote in der Kanalschlacht.

Eine kurze preußische Landtagssession. — Endlich Höchstpreise für Getreide?

Der amtliche Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage.)

Großes Hauptquartier, 22. Okt., vormittags. (W. B. Amtlich.) Die Kämpfe am Yser-Kanal dauern noch fort. Elf englische Kriegsschiffe unterstützen die feindliche Artillerie. Oestlich von Dixmuden wurde der Feind zurückgeworfen. Auch in der Richtung Ypren drangen unsere Truppen erfolgreich vor. — Die Kämpfe nordwestlich und westlich Lille waren sehr erbittert. Der Feind wich aber auf der ganzen Front langsam zurück. — Heftige Angriffe aus der Richtung Toul gegen die Höhen südlich Thiaucourt wurden unter schwersten Verlusten für die Franzosen zurückgeworfen. — Es ist einwandfrei festgestellt, daß der englische Admiral, der das Geschwader vor Ostende befehligt, nur mit Mühe von der Absicht, Ostende zu beschießen, durch die belgische Behörde abgebracht wurde.

Auf dem nordöstlichen Kriegsschauplatz folgen Teile unserer Truppen dem weichenden Gegner in Richtung Ossowice. Mehrere hundert Gefangene und Maschinengewehre fielen in unsere Hände. Bei Warschau und in Polen wurde gestern nach dem unentschiedenen Ringen der letzten Tage nicht gekämpft. Die Verhältnisse befinden sich dort noch in der Entwicklung.

Die Schlacht am Kanalrande.

In Südwestbelgien und dem benachbarten Nordfrankreich wird heftig weitergekämpft. Die Schlachtlinie erstreckt sich von der Kanalküste und der Nordsee, von Ostende, Dünkirchen und Nieuwport über Dixmuiden, Ypern, Warneton bis La Bassée. Der Artilleriekampf, ein Ringen zu Lande und zu Wasser zugleich, tobt besonders schlimm um Nieuwport, dem belgischen Badeort am Ausfluß der Yser, nächst Ostende.

Der Amsterdamer „Telegraaf" veröffentlicht ein Telegramm seines Korrespondenten von der holländischen Grenze, der von der Küste zurückgekommen ist. Er berichtet: Es wird ein wütendes Artilleriegefecht zwischen Ostende und Nieuwport geführt. Die Deutschen feuern von Mariakerke und von Middelkerke aus, die Franzosen von Nieuwport. Die Engländer schießen über die Dünen hinweg. Von den Dünen bei Ostende aus kann man bei klarem Wetter deutlich die englischen Schiffe auf der Höhe von Nieuwport und Westende erkennen. Häufig sind sie vollständig in Nebel gehüllt. Die Engländer erkunden mit Fliegern die feindlichen Stellungen. Die Franzosen und Belgier setzen dem Uebergang der Deutschen über die Yser hartnäckigen Widerstand entgegen. Die Flußdämme sind bei Hochwasser durchstochen und die Ufer unter Wasser gesetzt worden. Außerdem ist das Polderland sehr schlammig durch den fortwährenden Regen. Am Mittwoch nachmittag kam von Gent mit dem Zuge nach Seebrügge eine Abteilung deutscher Soldaten an, die nach kurzer Ruhepause nach dem Schlachtfelde abmarschierten. Auch noch neue Kanonen zur Beschießung der Kriegsschiffe sind angekommen. Auf der Landstraße Gent—Brügge wurde ein sogenannter Granatenzug mit dicken Gummibändern um den Rand signalisiert. Auch kam allerhand Munition an.

Nach Wolffdepeschen über Genf sahen sich vorgestern nachmittag die Franzosen, um ihre Positionen bei La Bassée und Warneton in der Umgebung von Lille zu halten, genötigt, Verstärkungen vom Süden heranzuziehen. Terraingewinn hätten die Verbündeten nirgends zu verzeichnen.

Auch der zurückgeschlagene Ausfall der Franzosen aus der Festung Toul nach Thiaucourt wird mit ihrer kommenden Niederlage an der Kanalküste in Verbindung gebracht. Er habe eine Ablenkung unserer Kräfte im Norden und eine Erleichterung der gefährdeten gegnerischen Stellungen an der Küste bewirken sollen.

Die Mitwirkung deutscher Unterseeboote.

Der Londoner „Times" wird von der nordfranzösischen Küste telegraphiert: Während zwei britische Kanonenboote mit einer deutschen Batterie im Kampfe waren, wurden sie von deutschen Unterseebooten angegriffen. Britische Torpedojäger eilten zu Hilfe, wurden aber zurückgetrieben. Der Kampf der Kanonenboote mit der deutschen Batterie dauerte noch an. Die Rotterdamer „Nieuwe van den Dag" schreiben: Das Erscheinen der deutschen Unterseeboote an der belgischen Küste ist sehr bedeutungsvoll. Das Blatt fragt, wie sie dahin gekommen sind. Ueber Land mit der Eisenbahn, indem sie demontiert waren und in Ostende wieder montiert wurden, oder zur See? (Das letztere ist wohl das Wahrscheinlichere. Red.)

Unsere Aussichten.

Der Militärkritiker der Turiner „Stampa" schreibt: Es steht nun fest, daß die Engländer und Franzosen ihre Absicht der Umgehung des rechten deutschen Flügels nicht mehr durchführen können, und daß dagegen die Deutschen ihre Absicht, die Verbindungslinien ihres Heeres über Belgien zu sichern, erreicht haben. Für den Ausgang der großen Schlacht in Nordfrankreich ist die Erreichung dieses Zieles durch die Deutschen von sehr großer Bedeutung. In der Tat gehen ihre Verbindungslinien durch Belgien normal vor sich, während sämtliche französische Linien in Paris einmünden müssen. Daraus ergibt sich der Schluß, daß die Deutschen ihre Truppenverschiebungen von einem Punkt zum andern der großen Schlachtfront viel leichter und viel sicherer bewerkstelligen können.

Nach gestrigen Depeschen über Genf wird die Stimmung in Paris nervös und trübselig, weil die amtlichen Mitteilungen über den Stand der Schlacht allzu lakonisch seien. Besonders wird beklagt, daß die kolossale Kanalfurche in deutschen Händen sei. Der sogenannte Grand Canal du Nord ist 95 Kilometer lang. Die deutschen Truppen können dort in guter Deckung vorgehen.

In Galizien.

Wien, 22. Okt. Amtlich wird gemeldet: 22. Oktober mittags. In der Schlacht beiderseits des Strwiaz gelang es uns, nun auch im Raume südlich dieses Flusses den Angriff vorwärts zu tragen. Auf der beherrschenden trigonometrischen Höhe 668 südöstlich von Stary Sambor wurden zwei hinter einander liegende Verteidigungsstellungen des Feindes genommen. Nordwestlich des genannten Ortes gelangten unsere Gefechtslinien näher an die Chaussee nach Starasol heran. Nach den bisherigen Meldungen wurden in den letzten Kämpfen 8400 Russen, darunter 25 Offiziere, gefangen genommen und 15 Maschinengewehre erbeutet. In Czernowitz sind unsere Vortruppen eingerückt. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs v. Höfer, Generalmajor.

Wien, 22. Okt. Der Kriegskorrespondent der Wiener „Neuen Freien Presse" meldet: Die Kämpfe bei Przemysl und Hermanowice dauern in ungeminderter Heftigkeit fort. Die Russen haben anscheinend von Lemberg Verstärkung bekommen und machten verzweifelte vergebliche Versuche, sich der Höhe von Magiera, die ihnen am 17. Oktober entrissen worden ist, wieder zu bemächtigen. In der vergangenen Nacht und heute um 6 und 8 Uhr morgens griffen unsere Artilleriegruppen ein. Auch die schweren Geschütze der südöstlichen Zwischenbatterien feuerten heftig. Die Bozener Landesschützen stürmten mit einer Bravour ohne gleichen und lösten allein eine Aufgabe, die drei Regimentern gestellt war. Man sieht dem Ende der Kämpfe zuversichtlich entgegen.

Vom Weltmeer.

Neues und Erstaunliches wurde schon gestern mittag aus den indischen Gewässern von der unheimlichen Rührigkeit des bekannten deutschen Kreuzers „Emden" gemeldet und sei heute aus einem Teil der gestrigen Auflage wiederholt. Der Agent des englischen Schiffsgeschäfts Lloyd in Colombo telegraphierte an die Londoner Admiralität, daß der deutsche Kreuzer „Emden" die britischen Dampfer „Chilka", „Troilus", „Benmohr", „Clan Grant" und den für Tasmanien bestimmten Bagger „Ponrabbel" versenkt und den Dampfer „Oxford" gekapert habe. Das wäre ein Verlust von fünf englischen Handelsdampfern auf einmal, herbeigeführt durch ein einziges kleines deutsches Schlachtschiff.

Fast gleichzeitig versenkte ein deutsches Unterseeboot an der norwegischen Küste den englischen Dampfer „Glitra". Das norwegische Blatt „Aftenposten" schreibt dazu: „Daß Unterseeboote Handelsdampfer kapern und versenken, das ist die neueste Seite der Wirksamkeit dieser modernen Kriegswaffe. Die Zerstörung feindlicher Handelsschiffe war bisher allein Aufgabe der Kreuzer. Vorläufig kann die Episode mit der „Glitra" als einzig dastehender Zufall genannt werden; er deutet aber an, welch vielseitige Rolle die Unterseeboote im Laufe der Zeit zu spielen berufen sind." Ein anderes norwegisches Blatt bemerkt: „Das beste wäre fortan, den alten Kreuzerdienst abzuschaffen und ihn nur in den englischen Häfen auszuüben, wo sich die neutralen Schiffe zur Untersuchung zu melden haben; denn der Seedienst ist, weiß Gott, von nun an gefährlich."

Der Londoner „Daily Telegraph" meldet: Das deutsche Sanitätsschiff „Ophelio" wurde am Mittwoch von dem englischen Kreuzer „Yarmouth" eingebracht; seine funkentelegraphische Anlage wurde ihm abgenommen.

Im Gefangenenlager von Döberitz.

Die Pressevertreter der am Kriege unbeteiligten Staaten haben gestern nachmittag auf Einladung des Auswärtigen Amtes das Gefangenenlager in Döberitz besucht. Sie wurden hier vom Kommandanten des Lagers, General v. Loebell, begrüßt. Ein Major unterrichtete die Gäste in einem Vortrag über das, was sie sehen sollten, und dann begann der Rundgang.

In Döberitz sind ausschließlich Engländer, etwa 4000 an der Zahl, untergebracht. Hierunter befinden sich, wie die Herren mit einiger Belustigung vernahmen, 900 Matrosen, die zur Verteidigung Antwerpens von England herübergeschickt waren. Der Zug aber, der sie brachte, hielt auf einer Station, die bereits in deutschen Händen war, und so durften die Engländer gar nicht erst aussteigen, sondern in dem gleichen Zuge, den sie an der Küste bestiegen hatten, landeten sie in Döberitz. Die Besucher begegneten nur gesunden Leuten; befanden sich doch gestern nur vier Engländer im Lazarett. 40 Mann waren als revierkrank gemeldet. Die auswärtigen Herren stellten fest, daß die Gefangenen mit gutem Humor sich in ihre Lage gefügt haben. Da einige unter ihnen allerhand künstlerische Begabung besitzen, so bereiten sie sich mancherlei Unterhaltung. Die Winterbaracken sind jetzt vollendet. Bisher waren die Leute in Zelten untergebracht, die aber, wie der Gesundheitszustand erweist, genügenden Schutz boten. Die Baracken fanden die rückhaltlose Anerkennung der Journalisten.

Die Besucher verließen das Lager mit dem Bewußtsein, daß wir selbst für die Angehörigen unseres größten und erbittertsten Gegners die gleiche Sorge tragen, wie für unsere eigenen Angehörigen, damit alle gesund und ungeschädigt, soweit es in menschlichem Vermögen liegt, heimkehren.

Belgische Verhetzungsbilder.

Der Kriegskorrespondent der „Vossischen Zeitung", Dr. Oskar Pongardt, erzählt aus Belgien, wie durch in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitete scheußliche Flugbilder das Volk mit wahnsinnigen Ideen über die Grausamkeit der deutschen Soldaten erfüllt wurde.

Man sieht, so schreibt er, auf diesen meist von Künstlerhand gut gezeichneten, in großem Format und sorgfältigem Buntdruck hergestellten Bildern, wie deutsche Soldaten mit lachendem Ausdruck teuflischer Freude und Genugtuung wehrlose und unschuldige Frauen und Kinder zerfleischen und in brennende Häuser nach Kindern schießen. Da ist eine Infanteriekompagnie abgebildet, die auf dem Bajonett die abgeschlagenen Köpfe von Belgiern einherträgt. Fast jeder Mann hat irgendeinen gestohlenen Gegenstand unter dem Arm oder auf dem Rücken. Im Vorbeigehen schlägt ein Offizier mit dem Säbel einer Frau den Schädel ein. Am stärksten sucht man auf die in sehr vielen Distrikten überaus strenggläubige Bevölkerung einzuwirken, indem man die deutschen Soldaten als Gotteslegner und Kirchenschänder darstellt. Auf einem großen Bilde sieht man das Innere einer Kirche, in der betrunkene Deutsche, mit dem Ornat der Priester bekleidet, den Kelch in der einen und die Weinflasche in der andern Hand und den Helm auf dem Kopfe die heiligen Handlungen nachäffen, während andere Soldaten weinende belgische Frauen mit dem Gewehrkolben aus der Kirche hinausstoßen. Dazu entsprechende Unterschriften in flämischer, französischer und englischer Sprache.

Wenn man solche Einzelheiten hört, versteht man erst vieles im Verhalten der durch solche Mittel getäuschten Bevölkerung und begreift die wahnsinnige Angst, die Tausende von Flüchtlingen aus ungebildeten Ständen vor der Rückkehr empfinden; und dabei bestätigen holländische, deutsche und sogar belgische Berichte, daß sich zwischen dem deutschen Militär und der zurückgebliebenen bürgerlichen Bevölkerung in Antwerpen, Gent und anderen überwiegend flämischen Orten äußerlich alsbald ein ganz leidliches Verhältnis mit gegenseitigem Entgegenkommen angebahnt hat.

Eine einsichtige Stimmrechtskämpferin.

Die Stellvertreterin der Vorsitzenden des Weltbundes für Frauenstimmrecht, die Engländerin M. G. Fawcett, erläßt eine Botschaft an ihre Freunde und Mitarbeiter in allen Ländern, in der sie sagt:

„Wir stehen der Zerrissung, der Feindseligkeit, den Mißverständnissen gegenüber, die der Krieg verursacht; aber trotz alledem, trotz des grausamen Bruches müssen wir fest entschlossen sein, unsern Weltbund aufrechtzuerhalten. Wir müssen im Glauben durchhalten, daß das Gute stärker ist als das Böse, daß Gerechtigkeit und Gnade stärker sind als Haß und Zerstörung, genau so wie Leben stärker ist als Tod. Wir Frauen, die wir zusammen für eine große Sache gearbeitet haben, haben gemeinsame Hoffnungen und Ideale; das sind unzerstörbare Ketten, die uns verbinden. Wir haben zu zeigen, daß das, was uns **vereint, stärker ist als das, was uns trennt.**

Viele von uns verbindet außerdem persönliche Freundschaft, die durch manche Jahre gemeinsamer Arbeit befestigt ist. Wir müssen durch alle Schwierigkeiten hindurch an diesen Dingen, die gut an sich sind, festhalten, und sie müssen eine starke Hilfe für uns sein in diesen Tagen der Prüfung."

Hier gibt eine verständige Frau mit verständigen Worten ein Beispiel, das viele chauvinistisch tobende Männer beschämen muß.

Gestörter Gottesfriede?

Der Preußenlandtag hat gestern einstimmig alle Kriegsvorlagen genehmigt, darunter als Hauptstück die Forderung von 1½ Milliarden zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und für Unterstützungen an Notleidende. Auch dieser Akt der Gesetzgebung sagt unseren Kriegsgegnern, daß Deutschland bereit und willens ist, mit aller Kraft durchzuhalten, und daß diese Kraft auf dem Gebiet des Steuer- und Wirtschaftswesens der Wehrkraft nicht nachsteht. Keiner hat ein Wort gegen die Höhe der Anforderungen gesagt, die einzige kritische Stimme, die ein Sozialdemokrat erhob, forderte im Gegenteil noch stärkere Beteiligung des Staates und Heranziehung aller öffentlichen Gewalten zu dem Feldzug gegen materielle Not.

Also, man weiß in Deutschland, daß sehr hohe Anforderungen wie im Felde so daheim erfüllt werden müssen, und man genügt ihnen wenigstens zum Teil. Daß man die Hauptsache, die noch dazu verhältnismäßig einfach und fast ohne direkte finanzielle Belastung der öffentlichen Gewalten zu regeln war, auch jetzt noch nicht ganz ins Reine gebracht hat, ist freilich mißlich. Wir meinen die Feststellung der vorhandenen Nahrungsmittel, ihre zweckmäßige Verteilung und die Regelung ihres Preises. Immer noch vertröstet man wegen der Höchstpreise für Getreide auf „die nächsten Tage", und immer noch sieht es so aus, als hoffe man mit der Preisfestsetzung ohne umfassende Organisation der Verteilung auszukommen. Und trotz der Feststellung eines im ganzen weiten Reiche verübten scham- und ehrlosen Kartoffelwuchers scheint man amtlich an wirklich durchgreifende Abhilfe erst zu denken, sodaß die Gefahr des „Zu spät!" auch hier besteht.

Es ist bitter, diese Tatsachen fesistellen zu müssen. Aussprechen muß man sie, auf die Gefahr hin, daß über Störung des Gottesfriedens geklagt wird, wie es aus Anlaß der Rede unseres Genossen Hirsch im preußischen Abgeordnetenhause jetzt durch Zeitungen vom Schlage der „Post" geschieht. Freilich hat Hirsch nicht nur vom Brot für den Magen, sondern auch vom Brot des Geistes, vom freien Wahlrecht gesprochen. Und so weit geht den Nutznießern des Dreiklassenunrechts die Einigkeit und Gleichheit aller Volksgenossen noch lange nicht, daß sie dafür ihre Privilegien auf dem Altar des Vaterlandes opfern möchten. Indes gibt es Situationen, in denen es auf den Willen bevorrechteter Klassen nicht ankommt. 1866 hätte die preußische Bourgeoisie gern das ihr so günstige Dreiklassenunrecht auf den Norddeutschen Bund übertragen, aber das neue Staatsgebilde bedurfte eines Kittes, der alle Volksgenossen dauernd verband, das allgemeine gleiche Wahlrecht mußte kommen.

Und heute? Unendlich größer sind die Opfer, die vom Volk gefordert werden, weit umfassender die Aufgaben, vor die Deutschland auch nach dem Krieg gestellt sein wird. Es wird seinen arbeitenden Millionen entgegenkommen müssen. Die im Felde stehen, werden mit frischer Begehrlichkeit zurückkommen, die daheim blieben, werden erfüllt vom Bewußtsein, daß Deutschlands Volkskraft zu danken ist, wenn Deutschland siegt. So bleibt's dabei, daß wir dann wie heute fordern werden die preußische Wahlreform!

Endlich Höchstpreise für Lebensmittel?

Der „Berliner Lokalanzeiger" schreibt, anscheinend offiziös: „Dem Vernehmen nach steht die Festsetzung von Höchstpreisen für Roggen, Hafer und Gerste, sowie für Weizen unmittelbar bevor. Der Bundesrat wird in seiner nächsten Sitzung über die ihm unterbreiteten Vorschläge Beschluß fassen. Für Kartoffeln sollen Höchstpreise im Augenblick nicht festgesetzt werden; dies bleibt für später vorbehalten. Der Höchstpreis für Roggen dürfte auf etwa 225 Mark, für Weizen auf 245 bis 250 Mark bestimmt werden. Zur Erwägung steht ferner, ob nicht auch für Futtermittel die gleiche Maßnahme getroffen werden soll. Da die Ermittlungen des Reichsgesundheitsamtes ergeben haben, daß bei der Backware ein Zusatz von Kartoffelbestandteilen bis zu 20 Prozent durchaus gesundheitsunschädlich ist, so wird eine Beimischung in dieser Höhe vorgeschrieben werden können. Hocherfreulich ist es, daß der Getreidebedarf unseres Volkes bis zur nächsten Ernte gedeckt ist. Auch der Viehbestand ist so außerordentlich befriedigend, daß die Fleischversorgung des Volkes außer aller Frage steht."

Mit allem Nachdruck ist an dieser Stelle schon betont worden, daß über die Höchstpreise hinaus eine Organisation der Nahrungsmittelverteilung selbst nach den Gesichtspunkten des allgemeinen Interesses vorgenommen werden muß. Die Festsetzung der Höchstpreise kommt so spät, daß sie beinahe schon Ausnahmspreise festlegt, die hoch über dem Normalen stehen und vollends in solchen Zeiten peinlich wirken. Daß außerdem bei den Kartoffeln sogar noch zugewartet werden soll, ist deshalb schier unbegreiflich. In einer Sitzung des Vorstandes des Preußischen Städtetages von gestern wurde denn auch das Ersuchen an die Reichsregierung beschlossen, sie möge baldigst auch die Preise dieses Volksnahrungsmittels regulieren. Die Ordnung und Regelung des Nahrungsmittelmarktes im großen wird jetzt hoffentlich von denjenigen Stellen betrieben, die das Interesse der Massen vertreten: von den Spitzen unserer Partei und Gewerkschaften zusammen mit einsichtigen Agrarpolitikern, wie Dr. Heim. Schreiten wird endlich von den kleinen zu den großen und wirksamen Hilfsmitteln!

Fürsorgemaßnahmen gegen die Kriegsnot in England.

Von gut unterrichteter Seite schreibt man uns: Bei Ausbruch des Krieges gingen die englischen Arbeiter, wie die Arbeiter aller durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Länder in einer Weise vor, die ihnen die allgemeine Bewunderung und Zustimmung erwarb. Sie gaben alle Streitigkeiten und Unstimmigkeiten mit der Klasse auf, die sie seit Menschenalter bekämpften, sie stellten Streiks und jede feindliche Aktion ein, ohne den Kapitalisten auch nur nahezulegen, die Forderungen der Arbeiter als Basis des angekündigten Waffenstillstandes anzunehmen. Mit einem Wort, sie haben ganz altruistisch ihr Interesse und ihr Wohlergehen ihrem Lande geopfert, das sie durch feindliche Angriffe gefährdet glauben. Solchen Idealismus und Opfermut konnte das Land natürlich nicht vergessen und die Regierung als Vertreterin der geeinigten Nation hat viele Maßnahmen getroffen, um den Arbeitern zu zeigen, was ein dankbares Vaterland für sie tun kann.

Der erste Schritt der Regierung war die Gründung eines Kabinetts-Komitees zur Steuerung der Notlage mit Herrn Herbert Samuel, Präsidenten des Local Government Board, als Vorsitzenden. In diesem Komitee wurde Herrn Ramsay Macdonald ein Sitz angeboten. Dann wurde der Prince of Wales-Fonds gegründet, um Mittel für die Bedürfnisse der Bevölkerung zu sammeln. Dieser Fonds wurde vor acht Wochen ins Leben gerufen und bis jetzt sind im ganzen 3 Millionen Pfund zusammengebracht. Der Krieg hat England bis jetzt 50 Millionen Pfund Sterling gekostet, doch um die der Nation geschlagenen Wunden zu heilen, konnten kaum 3 Millionen Pfund Sterling aufgebracht werden.

Es wurde ferner eine besondere Frauenorganisation gebildet, um den Frauen Arbeit zu verschaffen. Weiter wurde ein nationales Untersuchungskomitee gegründet, um die Notlage in der Bevölkerung festzustellen und dem Kabinett-Komitee dann darüber zu berichten und zum Schlusse wurden Bürger jeden Ories und Bezirkes von den betreffenden Bürgermeistern der Distrikte zusammenberufen und als lokale Bürgerausschüsse konstituiert. Die Aufgabe dieser Ausschüsse war es, die Größe der Notlage in den betreffenden Bezirken festzustellen und Vorschläge für kommunale Arbeiten zu unterbreiten, durch welche die Notlage behoben werden könnte, und wo solche Arbeiten nicht durchführbar wären, Unterstützungen an bedürftige Familien zu verteilen.

Aber alle diese Organisationen sehen sehr schön auf dem Papier aus, in Wirklichkeit wird nichts getan, um die Notlage der Bevölkerung zu lindern. In diesem großen Lande mit demokratischer Regierung sind Bureaukratie und Beamtentum gerade so groß, wie in jedem anderen. Bürgermeister von vielen Distrikten führten oft Klage, daß sie, wenn sie um Geld ansuchten, niemals die richtige Behörde finden konnten. Sie werden von einem Komitee zum anderen geschickt, bis sie der Geschichte überdrüssig werden, und inzwischen verhungern die Frauen und Kinder dieses Bezirkes und die Wohnungen von Tausenden von Familien werden ausgekauft.

Bei Beginn des Krieges hat die Regierung aus Angst vor Dingen, die sich ereignen könnten, eiligst Gesetze geschaffen, die die Regierung ermächtigen, die Verteilung von Nahrungsmitteln im Interesse des Landes in die Hand zu nehmen. Man fürchtete damals, daß die Arbeiter einen hohen Preis für die Opfer an Gut und Blut, die sie zu bringen hätten, verlangen würden. Diese Befürchtungen sind jedoch nicht eingetroffen. Die Arbeiter haben sich als genügend zahm und patriotisch erwiesen, um ihre Regierung nicht mit ihren Forderungen zu belästigen, und die Regierung war viel zu sehr damit beschäftigt, die Angelegenheiten der Börsenschwindler zu ordnen, sodaß sie den Arbeitern für ihre Geduld und ihr gutes Betragen dankbar war. Alle drastischen Gesetze wurden angenommen und den lokalen Ausschüssen bedeutet, daß sie die ihnen vom Local Government Board auferlegten Verpflichtungen nicht ernst zu nehmen brauchten.

Die Zusammensetzung und die Tätigkeit dieser lokalen Ausschüsse verdient Beachtung. Als diese Ausschüsse gebildet wurden, ertönte ein Schrei, daß sie auf unparteiischer Grundlage aufgebaut werden müßten. Die gesamte kapitalistische Presse erklärte mit einer Stimme, daß es in Zeiten nationaler Gefahr weder Liberale noch Konservative noch Sozialisten gibt, es besteht nur eine Nation. Dieses patriotische Prinzip hatte, bei der Bildung der lokalen Komitees in Anwendung gebracht, ganz merkwürdige Folgen. Bürger von Ansehen wurden in dieses Komitee eingeladen und der Erfolg einer solchen weisen Taktik war die Zusammensetzung der Ausschüsse aus wohlhabenden Fleischern, geachteten Krämern und anderen Unternehmern, Geistlichen und Priestern aller religiösen Schattierungen und Mitgliedern von verschiedenen Wohltätigkeits-Vereinen, die von der Bevölkerung so sehr gehaßt werden. Arbeitern als solchen wurde fast überall die Vertretung verweigert. „Wir wollen keine Parteien in unseren Ausschüssen," sagten die Bürgermeister zu den Arbeitern, „wir brauchen Bürger.". Die Bezirksvertretungen der Arbeiterorganisationen hatten erbitterte Kämpfe zu führen, um irgend eine Art Vertretung in diesen Ausschüssen zu erlangen. Infolge der eingeschlagenen „nationalen" Taktik ist die Vertretung der Arbeiter in den lokalen Ausschüssen außerordentlich unzulänglich. Im Durchschnitt hat ein Komitee, bestehend aus 150 Mitgliedern, nicht mehr als 5 bis 7 Arbeitervertreter.

Aus der Zusammensetzung der Ausschüsse kann leicht auf die Art der Tätigkeit geschlossen werden. Während die Arbeitervertreter darauf drangen, den Notleidenden keine Unterstützung, sondern Arbeit zu verschaffen, keine Wohltätigkeit, sondern Löhne, wollten die meisten Mitglieder der Ausschüsse von solchen revolutionären Gedanken nichts wissen und stemmten sich in solchem Maße dagegen, daß sich selbst die „Times" ins Mittel legte und den ehrbaren Bürgern bedeuten mußte, wie unvernünftig diese Opposition wäre. Die Arbeiter waren auch gegen die sogenannten Unterstützungsarbeiten. Oft werden diese von den Armenbehörden und Verwaltungen der Arbeitshäuser in Angriff genommen, ausgehend von dem Prinzip, die Leute zu beschäftigen, wenn auch die Arbeit selbst unnötig und nutzlos ist. Diese Arbeiten werden oft so schlecht bezahlt, daß es kaum möglich ist, Körper und Seele damit zusammenzuhalten. So hat z. B. das Zentralkomitee zur Beschäftigung von Frauen einige Arbeitsräume in London eröffnet. Es werden dort Kinderwiegen und Kleider für Mütter und Kinder gemacht, und diese werden als Notstandsarbeiten betrachtet, die daher auf der Basis von 3 d. oder 25 Pfennige pro Stunde bezahlt werden, während Reinmachfrauen für das Putzen in Häusern gewöhnlich 5 d. oder 40 Pfennig pro Stunde erhalten.

In Fällen, wo die lokalen Ausschüsse bereit sind, etwas für die Arbeiter zu tun, werden sie durch die Tatsache daran gehindert, daß sie in Geldsachen vollkommen von den Zentralbehörden abhängig sind. Das Haus der Gemeinen hat einen Kredit von 4 Millionen Pfund Sterling zum Bau von Häusern durch die Kommunalbehörden bewilligt. Die Regierung hat auch die Aufnahme von Geldmitteln zum Zwecke der Errichtung von Kommunalbauten erleichtert und endlich besteht der Prince of Wales-Fonds. Als dieser Fonds gegründet wurde, glaubte man allgemein, daß derselbe für die Bedürfnisse der bürgerlichen Bevölkerung bestimmt sei. Aus diesem Grunde haben viele Arbeiter freiwillig zu diesem Fonds gesteuert. So haben die südwalisischen Bergarbeiter sich selbst

Feuilleton.

Die Schlacht in den masurischen Seen.

Die „Deutsche Tagesztg." bringt einen Feldbrief des Lichterfelder Lehrers Heinrich Berlin, der die Schlacht bei Hohenstein und Neidenburg als Vizefeldwebel mitgemacht hat. Er schildert erfolgreiche Kämpfe gegen die Russen, an deren Schluß unsere Truppen zu ihrem lebhaften Befremden zurückgehen mußten. Es war eine List, um die Russen auf das ihnen ungünstige Gelände zu locken. Dann fährt die Schilderung fort: Wir marschierten am 26. August in unsere Stellung über den historischen Boden von Tannenberg (1410) hinweg. Ein leiser Schauer überlief uns, als wir längs der Straße 18 schwere Feldhaubitzen in der Erde eingegraben gedeckt fanden. Es war das Zentrum, der Schwerpunkt unserer Stellung. Das Regiment erhielt Befehl, bis Seewalde vorzurücken und sich an die L.-Regimenter anzulehnen, wie überhaupt nur fast Landwehr hier gekämpft hat. Um 10½ Uhr begrüßt der General seine Landwehr.

Um 10¾ Uhr beginnt unsere schwere Artillerie den großen Kampf gegen die russische Kerntruppe des Generals Rennenkampf. Die Russen waren bis Mühlen vorgedrungen. Weiter durften sie nicht kommen! Unheimlich war das Geheul der Haubitzen. Hu—i—ch—sch—ach, so traten sie ihre Luftreise über unsere Köpfe hinweg an und trugen Entsetzen und Tod in die russischen Linien und Kolonnen. Der Vormarsch stockte. Die Russen entwickelten eine breite Front gegen unsere Stellung und der Infanteriekampf begann. Wir lagen noch zur Bedeckung der schweren Artillerie hinter der Front der Infanterie und kamen am 26. noch nicht ins Gefecht. Rechts von uns waren die Russen in einem dichten Tannenwalde bis an unsere Stellung vorgedrungen.

Unsere schwere Artillerie wirkte sowohl physisch wie auch moralisch Wunder. Nach wenigen Schuß waren wir gegen den Wald vorgeschickt. Er war verlassen. Der Rand glich einem Lumpenkeller. Alles, was sie besessen hatten: Mäntel, Kochgeschirre, Hemden, Hosen, Eßvorräte, Gewehre, Stiefel und anderes mehr hatten sie im Stich gelassen und waren geflüchtet.

Die Einschläge der Haubitzgeschosse hinterließen ein Loch, in das eine normale Wohnstube hätte hineingesetzt werden können. In eine Gruppe hatte ein Geschoß seinen Weg gefunden, mindestens 11 Mann haben hier ihr Leben lassen müssen.

Der Feind war, als der Abend hereinbrach, zum Stehen gebracht worden. Ueber Nacht war der Ring geschlossen und der Russe mußte durch seine Patrouillen über Nacht festgestellt haben, daß er in eine Falle geraten war, aus der sich zu befreien ihm gelingen mußte, oder er sei mit seiner gesamten Armee vernichtet. Durch diese Lage litt naturgemäß unsere Verpflegung, die bis dahin sehr gut war, erheblich. Warme Verpflegung gab es nicht mehr, Brot war verbraucht. So mußte der Hunger durch stramme Haltung ergänzt werden.

Nach wenigen Stunden Ruhe unter freiem Himmel begann im Morgengrauen der Verzweiflungskampf der russischen Armee. Er erinnerte mich an die Kämpfe um Metz 1870. Wir lagen hinter der Chaussee Seewalde-Mühlen im Chausseegraben, als am Morgen des 27. August der furchtbare Artilleriekampf begann. Es dauerte nur kurze Zeit, da deckten uns die russischen Granaten zu. Im selben Augenblick erreichte uns der Befehl: „Das Bataillon hinter Gut Mühlen führen und von dort nach der Feuerlinie entwickeln!" Es war ein furchtbarer Moment. — Ein jeder hatte mit dem Leben abgeschlossen. Gut Mühlen war ein brennender Trümmerhaufen. Ein nervenzerrüttendes, ekliges Getöse. Platzende Granaten, pfeifende Kugeln, ratternde Maschinengewehre, rasselnde Geschütze, wiehernde Pferde, brüllende Kommandos, schreiende Verwundete umgaben uns bei unserer Ankunft. In solcher Lage konnten wir nicht bleiben. Aus dem brennenden Gut und den aufgetürmten Menschen- und Tierleichen mußten wir heraus. „In der Richtung auf den Wald halblinks — Schwärmen!"

So manchem wurde einen Augenblick bange, sehr bange, wenn er an den bevorstehenden Gang und an alle seine Lieben zu Hause dachte. Aber das konnte nur ein kurzer Augenblick sein, denn die Wirklichkeit riß jeden mit fort, und als Muster von Ruhe und Unerschütterlichkeit stand unser General da und ermutigte uns. Ich entwickelte meinen Zug links der Chaussee Mühlen—Neidenburg. Dort ging es in lustigen Sprüngen über das 1000 Meter breite, ebene Stoppelfeld. Aus dem Granatfeuer waren wir heraus und wir amüsierten uns bald über die pfeifenden Kugeln. So kamen wir mit verhältnismäßig geringen Verlusten bis an unsere Schützenlinie in Deckung an. Vor uns lag ein tiefes Terrain mit See und Bach. Nur eine Chaussee führte hindurch. Drüben war die stark befestigte russische Stellung. Im Bau von Befestigungen, Deckungen und in der Anlage von Schützenständen haben sich die Russen als Meister bewiesen.

Die Chaussee war für uns das Einbruchstor in die russische Stellung. Hier stauten sich die Züge aller Regimenter. Unterstützt von dem Feuer aus unseren Deckungen gingen die Züge durch die Schlucht vor. Es war ein Höllentor, das von russischem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer gedeckt wurde.

O grausiges Entsetzen! — Geschichtet zu Haufen lagen hier unsere braven Kameraden, alles Landwehrmänner. „Nicht zur Seite sehen, die Augen nach dem Feinde, marsch, marsch, mir nach!" Und im Laufschritt gings auf den Engpaß los. Kein Aufenthalt. Im schnellsten Tempo durch bis an die schützende Höhe. Noch einmal trotz aller Hitze, der Schweiß floß in Strömen, lief ein Frösteln über meinen Rücken — da war ich drüben; ich lebte noch; ich konnte es nicht fassen und doch war es so. Ich sah mich um. Unsere Reihen waren gelichtet, stark gelichtet und noch war es nicht zu Ende. Wir mußten uns eine halbe Stunde in der Deckung verschnaufen. Jeder von uns war durch den Lauf erschöpft, zu Tode ermattet. Nach einer halben Stunde führte ich den Rest meines Zuges an die Höhe heran, um freies Schußfeld zu haben. Neues Grauen mußten wir schauen. Mann an Mann lagen die Stürmer, die das Höllentor glücklich passiert hatten, auf dem Gesicht. Die Erde sog ihr kostbares Blut auf. Nur Kopf- und Schulterschüsse. Das konnten nur Maschinengewehre getan haben. Wir konnten nicht weiter, ehe die Feste an der Chaussee, eine aus Feldsteinen erbaute Feldscheune, an die sich 10 bis 12 Meter hohe und 25 Meter breite Erdwälle anschlossen, erreicht war. Hier waren vier Maschinengewehre und ungefähr 50 Scharfschützen eingegraben, die den Höhenrand der Schlucht dauernd bestrichen. Ich ließ meine Leute liegen, bis die Erlösung nahte. Unsere schwere Artillerie errettete uns. Mit drei wohlgezielten Schüssen flog die Stellung in die Luft, und Mann und Maus flog in die Luft und verbrannte. Jetzt ging's vorwärts. Unter dauerndem Feuer unserer Artillerie stürmten wir immer näher an die russischen Schützenlinien heran. Das Infanteriefeuer hat uns nur wenig. Die Russen schossen schlecht, dauernd zu hoch. Vereinzelt bekamen wir aus der Flanke und im Rücken Feuer. Sanitätsleute, die die Kranken transportierten, wurden erschossen. Nach genauer Beobachtung bemerkte ich, daß diese Schüsse aus den Kronen der Chausseebäume kamen. Ich ließ gruppenweise auf die

zu diesem Zwecke eine wöchentliche Extrasteuer auferlegt. Die Arbeiter erwarteten, daß die Familien der zur Armee Eingerückten vom Staate durch eine besondere Kriegsanleihe versorgt werden würden, die die Regierung durch eine Ermächtigung des Parlaments in unbegrenzter Höhe zu erheben berechtigt war. Aber vor einigen Tagen erklärte Herr Benn, der Vorsitzende der Fonds-Verwaltung, daß dieser Fonds hauptsächlich für die Familien der Seeleute und Soldaten bestimmt sei und daß die bürgerliche Bevölkerung nichts davon bekommen dürfte.

Am 8. September empfing Lloyd George eine Deputation von kommunalen Körperschaften, der er klar bedeutete, daß eine finanzielle Unterstützung von seiten der Regierung als eine Ausnahme zu betrachten ist und nicht als Regel. Ich glaube nicht, sagte er der Deputation, daß es jetzt an der Zeit ist, sich in große kommunale Unternehmungen einzulassen, die auf die Notlage keinen Bezug haben. Die Folge dieser Unterredung war, daß die kommunalen Körperschaften beschlossen haben, überhaupt nichts mehr zu tun, sie wollen nicht einmal mehr untersuchen, ob in den betreffenden Bezirken Notstand vorhanden ist. Wozu nützt es, meinen sie, die Bevölkerung zu fragen, ob sie hungrig ist, wenn wir nicht die Mittel haben, diesem Uebelstand abzuhelfen.

Es sind jedoch bereits Anzeichen vorhanden, daß die Arbeiter einzusehen beginnen, daß das Geschäft, in welches sie sich eingelassen haben, für sie keinen Vorteil bedeutet und daß sie Gefahr laufen, nichts zu gewinnen und alles zu verlieren. Einer der Arbeiterführer, Herr G. Barnes, hat z. B. kürzlich erklärt, daß er streike. Er sagte, daß er nun die Regierung nicht mehr unterstützen wolle, die Arbeiter zum Eintritt in die Armee aufzufordern, solange nicht genügend Vorsorge für die Familien der Soldaten getroffen wird. Auf diesem Gebiete hat die Regierung in schamloser Weise gehandelt. Während sie Zeit hatte, mit der Bank von England zu unterhandeln, um die Tratten der Unternehmer zu diskontieren, ein Geschäft, das der Regierung laut Aussagen von Sachverständigen ungefähr 100 Millionen Pfund kosten dürfte, überlegt sie noch immer und hat sich noch nicht entschlossen, ob sie den Witwen und Angehörigen der auf dem Schlachtfeld Gefallenen 5, 10 oder 12.50 Mark pro Woche geben soll.

Es dauert eine lange Zeit, bis das Volk seine Interessen wahrnimmt, aber Entbehrungen sind nach allem doch die besten Lehrmeister. Wir wollen hoffen, daß die englischen Arbeiter recht bald zum Verständnis der Lehren kommen, die ihnen dieser Krieg für „Kultur" und „nationale Freiheit" eingetragen hat.

Die Sorge für die Nahrungsmittel.

Das sächsische Staatsministerium ordnete mit Rücksicht auf die Steigerung der Lebensmittelpreise an, daß in großem Maßstab die forstfiskalischen Kahlschläge auf ein bis drei Jahre der Arbeiterbevölkerung gegen eine ganz billige Pacht zum Kartoffel- und Gemüsebau überlassen werden. Bravo!

*

Um die Errichtung von Kartoffeltrocknereien zu erleichtern, hat die preußische Regierung sich bereit erklärt, die Kosten einer Trocknungsanlage, die sich auf zirka 20 000 Mark belaufen, unter außerordentlich günstigen Bedingungen darlehensweise vorzustrecken. Mit der Verwaltung der hierzu erforderlichen Gelder, der Auszahlung der Darlehen u. dgl. ist vom preußischen Landwirtschaftsminister die preußische Zentral-Darlehenskasse beauftragt worden. Jeder Trockner, der von der Preußenkasse ein Darlehen zur Anschaffung von Apparaten erhalten hat, muß sich verpflichten, die Anlage sofort in Tätigkeit zu setzen. Die Regierung will nämlich, daß schon in diesem Jahre soviel Kartoffeln wie nur möglich getrocknet werden. Um den Verkauf der Trockenkartoffeln zu erleichtern, ist die Errichtung eines großen deutschen Syndikats geplant. Die Trockner sollen verpflichtet werden, die gesamten Mengen von Trockenkartoffeln, abgesehen von dem eigenen Verbrauch, an dieses Syndikat abzuliefern. Mit der Organisation des Syndikats ist die Spirituszentrale in Berlin beauftragt worden, in deren Händen auch zu einem großen Teil die Organisation der Kartoffeltrocknung liegt. Das Verkaufssyndikat soll den Namen führen: „G. m. b. H. zur Verwertung von Trockenkartoffeln". Die Organisation der Kartoffeltrockner stellt insofern ein Novum dar, als in diesem Syndikat vier Behörden je einen Vertreter mit vollem Stimmrecht haben, nämlich das Reichsamt des Innern, der preußische Landwirtschaftsminister, der preußische Finanzminister und die Preußenkasse.

Wirtschaftliche Kampfmaßnahmen.

Neben den Schlachten draußen wütet der wirtschaftliche Kleinkrieg. Die Franzosen leisten darin besonders leidenschaftliches.

Die Pariser Theaterdirektoren haben den Boykott der deutschen Autoren beschlossen. Das Porträt von Richard Strauß in der Operngalerie ist vernichtet worden. Ferner wurden die Kunstschätze der großen Antiquitätenhandlung von Heilbronner in Paris, deren Inhaber und Angestellte Deutsche sind, von den Gerichtsbehörden beschlagnahmt. Die Kunstschätze besitzen einen Wert von mehreren Millionen.

In London hat die Polizei gestern 120 Deutsche und Oesterreicher verhaftet und sie in das Militärlager gebracht. In Brighton forderte die Polizei die anwesenden Deutschen und Oesterreicher auf, die Stadt binnen einiger Tage zu verlassen. Infolge der Campagne der Jingopresse hat eine große Anzahl bekannter Hotels alle deutschen und österreichischen Angestellten entlassen.

Das Testament eines sozialdemokratischen Kriegers.

Er lebte und wirkte unter uns. Ein allzeit kämpfender Genosse! Den Sozialismus nahm er schon in jungen Jahren wie ein Evangelium, wie eine tiefreligiöse, von Menschenerlösung zeugende gute Botschaft in sich auf. Und die Botschaft sollte Wirklichkeit, befreiende Tat werden. Das war der Inhalt seines Lebens. Er fühlte sich auf das engste mit der ganzen arbeitenden Menschheit verbunden. In Wahrheit ein Internationaler. Und doch, wie tief wurzelte er in der Familie, in der heimatlichen Scholle! Das beweist diese Niederschrift seines letzten Willens:

4. August 1914.

Meinen lieben Eltern, meiner lieben Frau und meinen lieben Kindern zum Abschied.

Was mir lieb und teuer, muß ich nun verlassen, die alte traute, und mir liebgewordene Stätte. Meinem bisherigen Streben, vor meinen Eltern in Ehren zu bestehen, meiner Frau und meinen Kindern das beste und nützlichste Glied zu sein, meinen Gesinnungsgenossen nach besten Kräften ein Förderer unserer heiligen Sache zu sein, all dem Wirken ist nun eine Wendung zuteil geworden. Sollte ich bis zu diesem Stadium meines Lebens in Form und Tat etwas unternommen haben, was meine lieben Eltern oder Dich, meine liebe Anna, in Deinen Gefühlen und im Innern geschmerzt hat, vergebt mir dies. Schlechte Absichten hatte ich niemals. Mögt Ihr, liebe Eltern, wenn es das Schicksal so bringen sollte, daß ich Euch nicht mehr sehe, Eure Lebensjahre noch recht zufrieden und glücklich vollenden. Du, meine Anna, bist noch jung, aber doch so intelligent und vernünftig, Deine Mission als Frau und Mutter so weiterzuführen, wie es immer mein und Dein Wille war. Vertraure, liebe Anna, wenn ich in diesem mörderischen Ringen um eine große Sache fallen sollte, Dein Leben nicht, sondern es ist mein Wunsch, daß Du Dir einen Lebensgefährten suchst, in Deinem und meiner lieben Kinder Interesse. Vielleicht noch eine Bitte in diesem Zusammenhang: Für den Fall meines Abganges und falls die Möglichkeit dazu gegeben ist, laßt mich auf heimatlichem Boden bestatten.

Und nun zur neuen Aufgabe: Es gilt dem Despotismus und Zarismus. Es geht aufs Ganze, bis zur vollständigen Vernichtung. Es gilt unsere und auch unserer russischen Volksgenossen Befreiung von diesen Blut- und Henkersknechten. Getreu unserer ganzen Lebensarbeit in der Partei gehe nun auch ich als Glied in der großen Kette daran, diesen ehrenvollen Kampf in Ehren zu fechten. Es war schon immer mein Wunsch, meine Lebensarbeit inner- und außerhalb der Familie so einzurichten, daß ich am Abschluß ein schönes Ziel erreicht habe. Jetzt ist ja ein schönes und hehres Ziel gesteckt; falle ich in diesem Ringen, so kann ich mir keinen schöneren Tod denken: Mit dem Volk, für das Volk! Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein! so heißt es in unserem Schlachtruf. Möge der Boden, wenn ich wiederkehre, so beschaffen sein!

Verständige englische Stimmen.

Die Londoner „Daily News" schreibt in ihrem „Pogrom-Macher" betitelten Leitartikel:

„Der Schaden, den die Opfer der abscheulichen Ausschreitungen (des Pöbels gegen angeblich deutsche Läden und Angestellte in London. Red.) erlitten haben, ist groß; aber er ist sehr klein, verglichen mit dem Schaden, welchen die Ehre und der gute Name Englands in den Augen der Außenwelt erlitten hat. Es besteht kein Zweifel darüber, auf wem die Verantwortung für diese der Nation angetane Schmach ruht. Nicht auf der unwissenden Menge, sondern auf dem Teil der Presse, der unaufhörlich geschäftig war, alle rohen Leidenschaften gegen die unglücklichen Ausländer aufzustacheln. Wir wissen nicht, wie lange das Staatssekretariat des Innern es dulden wird, daß dieses System brutaler Aufhetzung der Menge fortdauert. Die Folgen dieser Bewegung sind jetzt klar. Niemand kann damit einverstanden sein, daß die mißleiteten Opfer sich für das unverantwortliche Auftreten der Anstifter zu verantworten haben."

*

Aus Newyork wird der „Frkf. Ztg." geschrieben: Niemals haben die Farmer in den an Kanada angrenzenden Distrikten der Vereinigten Staaten so viele und billige Arbeitskräfte gehabt wie jetzt. Namentlich der Staat Maine wird von jungen und kräftigen Leuten geradezu überlaufen, was den Farmern angesichts der Kartoffelernte von großem Werte ist. Die Ursache der Massenzuwanderung ist der europäische Krieg. Es ist nämlich in Kanada das Gerücht verbreitet worden, das Mutterland, dem schon 20 000 Mann Militär gestellt wurden, beabsichtige, eine Aushebung zu veranstalten und alle jungen Männer zum Kriegsdienst zu zwingen. Diese scheinen aber eher geneigt, fürs Vaterland zu leben als zu sterben, und einer von ihnen hat einem Korrespondenten der hiesigen „World", der ihn fragte, warum er darauf verzichte, sich Lorbeeren zu holen, erklärt: „Well, ich bin der Ansicht, daß die, die den Krieg angefangen haben, ihn auch zu Ende führen sollten."

Putiloff, der russische Krupp.

Der Name Putiloff hat für Rußlands Rüstungsindustrie ähnliche Bedeutung wie für Deutschland die Krupp-Firma.

Die Putiloff-Werke, 10 Kilometer südwestlich von Petersburg, an der Newa, gehören zu den ältesten Eisenhütten und Werkstätten Europas. Sie sind bereits im Jahre 1801 von der russischen Regierung zur Herstellung von Kriegsbedarf (Geschützen und Geschossen) gegründet worden. Von Anfang an beschäftigte die Gießerei die für die damaligen Verhältnisse bedeutende Zahl von 700 bis 800 Arbeitern. Nach und nach nahm man dann andere Fabrikationszweige auf, die schließlich die Herstellung des Kriegsbedarfes vollständig zurückdrängte. Die Bedeutung des Werkes sank immer mehr und mehr, bis im Jahre 1868 das Unternehmen von N. S. Putiloff aufgekauft wurde. Dieser Unternehmer gleicht auch in seinem äußeren Lebensschicksal Alfred Krupp, indem sich der Aufstieg aus kleinen Anfängen vollziehen mußte. Von Putiloff wurde das Walzen der Eisenbahnschienen eingeführt; seitdem hat sich der Geschäftsumsatz bedeutend vergrößert. Im Jahre 1873 wurde eine Aktiengesellschaft daraus und nach Putiloffs Tode besteht das Werk als Gesellschaft der Aktionäre.

Die Erzeugnisse der Putiloff-Werke sind sehr verschieden. Aus dem reichen Arbeitsprogramm sei hervorgehoben, daß neben Dampfturbinen, Gießmaschinen und Hebezeuge, den Hauptanteil des Werkes Schienen und Stahlbleche bilden. Seit 1893 werden Lokomotiven gebaut. Die Jahresproduktion auf diesem Gebiet beträgt 300 Verbundlokomotiven, die an die russischen, finnländischen und sibirischen Eisenbahnen geliefert werden. Außerdem stellt das Werk jährlich 300 Güterwagen und 25 Personenwagen in Betrieb, also eine für deutsche Verhältnisse höchst achtbare Fabrikationsleistung.

Seit 1900 ist auch die Herstellung von Geschützen und Geschossen wieder aufgenommen worden; die Geschützabteilung, der ein großer Schießplatz zur Verfügung steht, hat bereits eine große Anzahl Feldgeschütze hergestellt, darunter auch einige Typen nach der Bauart Schneider-Le Creusot.

Normal sind auf den Putiloff-Werken etwa 8000 Arbeiter beschäftigt, doch haben schon zu verschiedenen Zeiten über 120 000 Arbeiter gearbeitet, und gegenwärtig werden ebenso wie in den anderen Rüstungsbetrieben der kriegführenden Länder diese Zahlen weit überschritten.

Bemerkenswert ist die Feststellung, welche Verbindung die Putiloff-Werke mit den deutschen Rüstungsfabriken unterhielten. Die Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure, der wir diese Angaben entnehmen, teilt mit, daß auf der dem Werk angegliederten Schiffswerft im Jahre 1906 zwei Torpedobootszerstörer für die russische Marine nach den Plänen der Schichau-Werft hergestellt wurden. In den letzten Jahren ist die Werft der Putiloff-Werke unter Mithilfe von Blohm und Voß in Hamburg auch für den Bau von großen Panzerschiffen eingerichtet worden. Deutscher Unternehmungsgeist hat also den Russen zur Anschaffung moderner Schiffe verholfen.

Der Prozeß von Sarajewo.

Sarajewo, 22. Okt. (W. B. Nichtamtlich.) Heute wurde wiederum eine große Anzahl Zeugen vernommen. Es wurden Teile eines Buches der „Narodna Odbrana" verlesen, aus denen hervorgeht, daß in Bosnien und der Herzegowina der Kampf für die „Narodna Odbrana" durch den serbischen Verein Prosjeta in Sarajewo geführt wurde. Weiterhin dienten den Zwecken der „Narodna Odbrana" die wirtschaftlichen Genossenschaften, Lesevereine, Antialkoholvereine und Gesangvereine. Die „Narodna Odbrana" vereinigte alle serbischen Sokolvereine. In Bosnien und der Herzegowina gehörten der Vereinigung 22 Sokolvereine und ferner Vereine in Dalmatien und Bacska an. Aus dem Protokoll über die Gutachten der Sachverständigen bezüglich der Bomben wurde festgestellt, daß es sich um bei der serbischen Armee verwandte Handgranaten handelt, welche von derselben Konstruktion sind, wie die in Brcka vorgefundenen, den Sachverständigen aus einer früheren Untersuchung der bekannten Granaten, die in dem Originalmakulaturpapier des Kragujewacer Arsenals eingewickelt waren. Derartige Handgranaten sind außer in Serbien nirgends in Europa in Verwendung.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Sofia, 22. Okt. (D. D. P.) Der drahtlose Telegrammdienst nach Budapest, Wien und Berlin ist im Beisein der Minister durch einen holländischen Ingenieur eröffnet worden. Er ist von der größten Bedeutung für die Verbindung des Balkans mit Deutschland.

Kopenhagen, 22. Okt. (D. D. P.) In einer Aufforderung des hiesigen türkischen Generalkonsuls an die türkischen Untertanen, sich bei dem türkischen Konsulate zu melden, wird offiziell bekanntgegeben, daß die Türkei die allgemeine Mobilisierung angeordnet hat.

Saloniki, 22. Okt. (W. B. Nichtamtlich.) Infolge der starken Verluste plant Serbien die Aushebung der männlichen Personen bis zum Alter von 50 Jahren.

Budapest, 22. Okt. (W. B. Nichtamtlich.) In der heutigen Sitzung des Auswanderungssenats teilte der Staatssekretär des Ministeriums des Innern mit, daß der Minister des Innern beschlossen habe, die der Cunard-Line verliehene Konzession zum Transport von Auswanderern zurückzuziehen. Gleichzeitig wird der mit der Gesellschaft bestehende Vertrag als abgelaufen betrachtet.

Bäume feuern; siehe da, von jedem Baume purzelten ein bis zwei Mann herunter. Mittlerweile war es 3 Uhr geworden. Die Sonne brannte unerträglich. Wasser hatten wir nicht mehr in der Feldflasche. Wir waren der Erschöpfung nahe. Unsere schwere Artillerie hatte die ganze feindliche Schützenlinie unter Feuer genommen. In bestimmten Abständen schlugen die gefürchteten Granaten ein und überall sah man die Russen aus den Deckungen herauskriechen und davoneilen. Da plötzlich stieg eine ungeheure Staubwolke hinter zwei gewaltigen Strohdiemen auf der Höhe auf. Die russische Kavallerie wollte uns attackieren. Aber unsere Artillerie, obwohl vier Kilometer entfernt, hatte ein wachsames Auge. Ehe der Aufmarsch beendet war, war die Kavallerie ein Trümmerhaufen von Menschen und Pferden. Da erschienen auf den Schützengräben weiße Flaggen. Die Russen ergeben sich. Es wird „Halt!" geblasen. Ein brausendes „Hurra!" zieht über das Schlachtfeld hinweg. Das Seitengewehr wird aufgepflanzt und im Schritt geht es auf die Stellungen zu. Zu Scharen kommen sie angelaufen mit hocherhobenen Händen und bitten und flehen, daß uns das Mitleid in die Adern treibt. Nach deutschen Begriffen ein jämmerlicher Soldat. Er kämpft, wenn die Kosakenknute oder die Offizierspistole hinter ihm stehen. Sowie wir aber auf den Pelz rücken, verläßt ihn der Mut und die Kraft vollständig. Noch jämmerlicher aber sind die Herren Offiziere. Sie sind weit hinter der Front in Sicherheit. Zu Haufen und Scharen werden die Gefangenen schnell geordnet und zum Bahnhof Mühlen gebracht. Unterdessen versuchen die Russen nach allen Seiten zu entweichen. Ueberall ereilt sie das gleiche Schicksal: Zerschmettert oder gefangen.

Unsere Heeresleitung hat trefflich gearbeitet in Ruhe und sicherer Ueberlegung; wir aber haben sie auch nicht im Stich gelassen.

Als die Nacht ihre Fittiche über das Blutfeld senkte, da lagen wir uns weinend in den Armen. Wir weinten und unsere Tränen vermischten sich mit dem Blut unserer erstarrten Kameraden, auf die der Mond sein fahles Licht ergoß. „Wir treten zum Beten." „Nun danket alle Gott!" so beschloß die Berliner Landwehr den Bluttag von Mühlen, Neidenburg und Hohenstein.

Der 28. August brachte die Vollendung des Werkes: der Rest der russischen Armee wurde bei Hohenstein vernichtet. Wie uns am 29. August bekanntgegeben wurde, haben wir insgesamt 100 000 Russen gefangen genommen.

Frankfurter Theater.

Im Opernhause wurde am Donnerstag „Der Ueberfall" von Zöllner gegeben, eine beinahe 20 Jahre alte Oper, die kürzlich auch in Berlin neu einstudiert wurde und sich nun in manchem Opernrepertoire einfinden und halten wird. Eine Wildenbruch-Novelle von 1870 hat dem Komponisten die Anregung zu seinem Werke gegeben und mit Wildenbruchschen Sentimentalitäten ist die Oper etwas allzureichlich ausgestattet. Professor Zöllner ist ein „Mann der Praxis", wie die Bienen aus allen Blumen Honig saugen, so weiß er alte Kirchenlieder, Volksweisen und Kampfgesänge in stimmungsvollen Uebergängen zu gutem Ende zu benützen. Auch das, was er aus eigener Erfindung gemacht hat, schmeichelt dem Ohre und greift ans Herz. Und wenn dem Stücke überall so eine fleißige, liebevolle Einstudierung zuteil wird, wie hier unter Kapellmeister Pollak, dann ist ihm der Erfolg sicher.

In einem Dorfe haben Franktireurs einen Ueberfall auf eine Ulanenschwadron verabredet. Alle Männer sollen sich im Walde verbergen, nur die Frauen sollen die einziehenden Ulanen begrüßen und bewirten. Sie sollen recht, recht liebenswürdig zu den verhaßten Prussiens sein und sie betrunken machen. Ein improvisiertes Verlobungsfest soll der Völlerei den Rahmen geben. Die Witwe Gouvou aber, die als „Pseudobraut" eines Wirtes ausersehen ist, hat Mitleid mit dem bei ihr einquartierten Ulan Wilhelm, sie warnt ihn und vereitelt dadurch den Ueberfall. Das Dorf wird zur Strafe niedergebrannt, Reine Gouvou tötet sich, sie will ihre Dorfgenossen nicht überleben. Vorher aber gesteht sie dem von ihr geretteten Ulan, daß sie ihn geliebt habe. . . .

Die Oper wurde sehr freundlich aufgenommen. Dreimal mußte der Komponist mit den beiden Helden: Herrn Gentner und Fräulein Uhr nach dem Falle des Vorhanges vor die Rampe und der Beifall wollte kein Ende nehmen. R.

Preußische Kriegstagung.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 22. Oktober.

Präsident Abg. Graf Schwerin-Löwitz wird vom Haus einmütig ermächtigt, der Kaiserin zu ihrem Geburtstag Glück zu wünschen. Der Glückwunsch betont die freundliche Fürsorge der Kaiserin für die Pflege der Verwundeten. — Weiter wird das Andenken des auf dem Schlachtfeld in Frankreich gefallenen Abg. Hasenclever (natl.) und des verstorbenen Abg. Bauer (kons.) geehrt. — Hierauf

Beratung der Kriegsvorlagen.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Delbrück:

Deutschland kämpft um Sein oder Nichtsein. Unser Kaiser und König weilt im Hauptquartier, er läßt Ihren Arbeiten besten Fortgang wünschen.

Von den beiden Vorlagen, die sich in Ihren Händen befinden, ist die wichtigste diejenige, die sich bescheiden als eine Abänderung des Etatsgesetzes für 1914 bezeichnet, die aber tatsächlich einen

Kredit von 1½ Milliarden

erfordert, dessen Zweckbestimmungen im Gesetze selbst nicht angegeben sind und die auch in der Begründung nur lose umschrieben werden konnten. Die Kgl. Staatsregierung ist sich bewußt, daß in der Bewilligung eines solchen Kredits mit solchen Vollmachten ein ganz besonderes Vertrauen der Volksvertretung liegt; aber ein anderer Weg war nicht gangbar, wenn überall, wo es notwendig ist, auch geholfen werden soll, da die Bedürfnisse im einzelnen sich so wenig vorhersehen lassen, wie die Höhe der Erfordernisse. Es kommt dazu, daß ein großer Teil der aufzuwendenden Mittel, wie wir erwarten können, vom Reich erstattet werden wird. Ein Teil des Kredits, den wir erbitten, ist bestimmt, die Löcher auszufüllen, die der Krieg in die Einnahmen des Staates naturgemäß gerissen hat und weiter reißen wird. Er soll die Möglichkeit geben, die Verwaltung des Staates ordnungsmäßig weiterzuführen.

Darüber hinaus ist es eine unserer wichtigsten Aufgaben, die Hemmungen, die der Krieg unserem wirtschaftlichen Leben auferlegt, nach Möglichkeit zu beseitigen und die mit diesen Hemmungen verbundenen Nachteile nach Möglichkeit abzuschwächen. Vor allem gilt es hier, der

Arbeitslosigkeit zu steuern

und die Not zu lindern, die sie zu bedingen pflegt. Hiervon abgesehen, sollen aber staatliche Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden. Es ist daher in Aussicht genommen, die Bautätigkeit der Eisenbahnverwaltung und die Bautätigkeit der allgemeinen Bauverwaltung so weit wie möglich unverändert und in der üblichen Weise fortzusetzen. Es ist ferner in Aussicht genommen, auf dem Gebiet der Wasserbauverwaltung über den Rahmen der bisher genehmigten Projekte hinaus umfangreiche Wasserregulierungsarbeiten, namentlich im Gebiet der Elbe und Oder, auszuführen. Es ist in Aussicht genommen der Ausbau des Plauenschen Kanals und die Herstellung der Anschlußstrecken des Lippe-Seitenkanals auf den Strecken Wesel-Datteln und Hamm-Lippstadt. Auf dem Gebiet der Landwirtschaftsverwaltung ist beabsichtigt, die

Kultivierung der Oedlandflächen

in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Schleswig-Holstein und Westfalen mit großer Beschleunigung durchzuführen, und wir hoffen gleichzeitig, daß die beschleunigte Durchführung dieser Arbeiten auch die Kulturflächen für die Erzeugung menschlicher und tierischer Nahrung vermehren und somit auch das Maß unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für die Dauer des Krieges erhöhen werde. Soweit es sich hierbei um Arbeiten handelt, bei denen einheimische Arbeiter nicht beschäftigt werden können, werden bei ihnen zweckentsprechend und nutzbringend die Kriegsgefangenen Verwendung finden können. Um nun aber diese Arbeiten rechtzeitig in Angriff nehmen zu können, wird es notwendig sein, daß das etwas weitschichtige Verfahren unseres

Enteignungsgesetzes vereinfacht

wird. Es ist deshalb eine Notverordnung erlassen, die Ihnen zur verfassungsmäßigen Genehmigung unterbreitet ist. Daß bei der Anwendung dieses abgekürzten Verfahrens nicht etwa eine Herabdrückung der im Enteignungsverfahren festgesetzten Preise beabsichtigt ist, versteht sich von selbst. Es ist auch ausgeschlossen, daß den Beteiligten im abgekürzten Verfahren nicht jederzeit der Rechtsweg offen bleibt. Es sind dann ferner erhebliche Aufwendungen notwendig geworden durch die Fürsorge und die staatliche Hilfstätigkeit für die Unterstützung der kommunalen Verwaltungen und Gemeinden auf dem weiten Gebiete der Kriegsfürsorge, sowie für die Maßnahmen, die eine

Vermehrung der Nahrungs- und Futtermittel

und die dringend notwendige Erhaltung unseres Viehbestandes bezwecken.

Mit schmerzlicher Teilnahme haben wir es erfahren müssen, daß bei den schweren Kämpfen an zwei Fronten die Provinz Ostpreußen, in die der Feind eingedrungen war, von der Kriegsnot aufs härteste betroffen worden ist. Vorbehaltlich der Ersatzpflicht des Reiches, war es eine unabweisbare Pflicht des preußischen Staates, sofort eine umfangreiche Hilfsaktion einzuleiten. Es müssen Maßnahmen getroffen werden, welche der Landwirtschaft und dem Gewerbe die Wiedereinrichtung und Fortsetzung ihrer Betriebe ermöglichen. Zur Durchführung dieser Maßnahmen und zur Linderung der Kriegsschäden ist eine besondere

Kriegshilfskommission für die Provinz Ostpreußen

und sind örtliche Kriegshilfsausschüsse den staatlichen Behörden zur Seite gestellt worden. Angesichts der Notlage, in welcher sich die Provinz Ostpreußen befindet, ist ferner ein vorübergehendes Eingreifen des Staates zugunsten leistungsschwacher Gemeinden und im Bedarfsfalle auch weiter erforderlich. Ebenso haben Mittel zur Unterstützung leistungsunfähiger und hilfsbedürftiger Kirchengemeinden bereitgestellt werden müssen, und endlich ist zur Linderung der durch den Krieg entstandenen Kreditschwierigkeiten eine Kriegskreditbank eröffnet worden, zu der der Staat die doppelte Einlage geleistet hat, als die Provinz Ostpreußen. Wie groß die Kosten des Wiederaufbaues der Provinz Ostpreußen und der in Mitleidenschaft gezogenen Teile von Westpreußen sich belaufen werden, läßt sich heute noch nicht übersehen. Wir sind aber der Meinung, daß Beträge bis zu 400 Millionen Mark bereitgehalten werden müssen.

Während draußen unsere Heere kämpfen und bluten, ist es unsere Pflicht und Aufgabe, das Land in allen seinen Hilfsquellen stark und leistungsfähig zu erhalten, die in der Heimat Zurückgebliebenen vor Not und Sorge zu bewahren. (Beifall.) Diesem Zweck dienen die Vorschläge der Kgl. Staatsregierung. Dieser gewaltige Krieg stellt

beispiellose Anforderungen an das ganze Volk

und legt auch dem einzelnen ungeheure Opfer auf. Er macht aber auch ungeahnte Kräfte frei. Ein jeder weiß, daß wir die Waffen nicht mehr aus der Hand legen dürfen, bis wir einen Sieg erkämpft haben, der uns die Bürgschaft dauernden Friedens gibt. (Stürmischer, sich immer wiederholender Beifall des ganzen Hauses. Ein jeder weiß aber auch, daß

wir die Kraft und die Mittel haben, durchzuhalten, bis der Sieg unser ist.

(Erneuter anhaltender, sich wiederholender Beifall.) Ich zweifle nicht, daß auch Ihre Beratungen und Beschlüsse Zeugnis ablegen werden von dem eisernen Willen zum Siege, der das ganze Volk beseelt. (Erneuter, sich immer wiederholender Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.)

Abg. Hirsch (Soz.):

Namens meiner Freunde habe ich zu erklären, daß die sozialdemokratische Partei mit den Grundgedanken der Vorlagen einverstanden ist. Wir hatten aber Kommissionsberatungen gewünscht, um die Vorlagen nach mancher Hinsicht zu ergänzen. Unter den in Aussicht genommenen Arbeiten vermissen wir den **Mittellandkanal**. Er ist ein Projekt von ungeahnter Bedeutung gerade in dieser Zeit. (Sehr richtig! links.) Hier wäre die Möglichkeit gegeben, tausenden von Arbeitern Arbeit zu verschaffen. Auch handelt es sich dabei nicht um Notstandsarbeiten im eigentlichen Sinne. Die in Aussicht genommenen Notstandsarbeiten dürften nicht ein **Sinken der Löhne** oder ein Sinken der Lebenshaltung der Arbeiter zur Folge haben. Dies muß verhütet werden, indem in erster Linie freie Arbeiter verwendet werden und zwar zu den zwischen den beiderseitigen

Organisationen vereinbarten Löhnen.

Es bleibt aber noch eine große Menge von männlichen und weiblichen Bürgern, die durch den Krieg arbeitslos und völlig existenzlos geworden sind. Auch ihnen zu helfen, ist Pflicht des Staates. Verschiedenen Gemeinden ist es bei ihrer finanziellen Lage nicht einmal möglich, diesen Leuten die Zuwendungen zu machen, die ihnen gemacht werden sollen. Hier muß

Staat und Gemeinde zusammenwirken,

und ganz besonders die Gemeinden mit den **Berufsorganisationen**. Es geht nicht an, daß die Regierung sich nur auf die Entlastung leistungsfähiger Lieferungsverbände beschränkt. Die Angehörigen der Kriegsteilnehmer müssen durch die Unterstützung in den Stand gesetzt werden, nicht nur notdürftig ihr Leben zu fristen. Daß ihnen **mehr gegeben wird, als allein zum Leben nötig** ist, das ist eine Pflicht des Staates. Die Unterstützung muß in jedem Fall so gemacht werden, daß sie auch

zur Zahlung der Wohnungsmiete ausreicht.

Wir müssen dabei ohne Kleinlichkeit und ohne umständliches Verfahren nach gleichen, besten Grundsätzen verfahren. Das Haus hat wiederholt einstimmig gewünscht, daß diese Unterstützung nicht als Armenunterstützung angesehen werde. Wir fordern die Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfes. So lange es an einem solchen fehlt, ist immer damit zu rechnen, daß preußische Staatsbürger ihrer staatsbürgerlichen Rechte und ganz besonders des **Wahlrechts** für die Gemeindevertretungen verlustig gehen. Wir fordern auch, daß in die Kriegshilfskommissionen Angehörige aller Berufsstände, auch der Arbeiter, hinzugezogen werden. Dann fordern wir aber auch die Aufhebung aller bestehenden Ausnahmegesetze, damit alle Staatsbürger ohne Ansehen der Nationalität gleichberechtigt sind. In allererster Linie fordern wir auch

Aufhebung des Dreiklassenwahlsystems

und Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts. (Beifall links.) Das ist ganz besonders nötig an einem Tage, wo das ganze deutsche Volk ohne Unterschied des Geschlechts die schwersten Opfer bringt und die ärmeren Schichten und ganz besonders die ärmeren Klassen so große Opfer bringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Trotzdem die Vorlage weit hinter unseren Erwartungen zurückbleibt, werden wir ihr **zustimmen** in der Hoffnung, daß unsere Wünsche entsprechend erfüllt und die erforderlichen Gesetzesänderungen mindestens beim Wiederzusammentritt des Landtages eingebracht werden. Ich schließe mit dem Wunsche, daß der entsetzliche Krieg zu einem baldigen gesicherten Frieden des deutschen Volkes und der Menschheit führen möge, und alles geschieht, was zur Erfüllung dieses Wunsches dienen kann. (Beifall.)

Hierauf werden **alle Vorlagen einstimmig angenommen.** Auch wird in einmaliger Beratung die Notforderung betreffs eines vereinfachten Enteignungsverfahrens zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen einstimmig nachträglich genehmigt. Sodann erteilt das Haus, ebenfalls ohne Diskussion, einstimmig dem Antrage des Staatsministeriums an das Abgeordnetenhaus auf Erteilung seiner Zustimmung zur **Vertagung des Landtages** bis zum 9. Februar 1915 auch die verfassungsmäßige Zustimmung.

Im **Schlußwort** sagt der **Präsident**: Dieser Krieg wird noch einmal der Welt von Neuem zeigen, welche unüberwindliche Macht auch gegen eine Welt von Feinden einem Volk von Einigkeit das Bewußtsein verleiht, für eine gute und gerechte Sache zu kämpfen (Lebhafter Beifall), das Bewußtsein,

den Frieden ehrlich gewollt

zu haben und nur durch mißgünstige neidische Feinde zum Kampfe gezwungen worden zu sein, zum Kampf nicht für Machterweiterung oder Landerwerb oder gar wegen schnöder geschäftlicher Gewinne, sondern zum Kampfe um sein Dasein, um Haus und Hof, um Weib und Kind. (Lebhafter Beifall.) Aus diesem Bewußtsein heraus hat unser Volk das herrliche Gottvertrauen und die gewisse Zuversicht des Sieges geschöpft, um den wir alle, voran unser geliebter Kaiser, den Krieg aufgenommen haben, und mit dem wir ihn mit Gottes Hilfe siegreich zu Ende führen werden. (Lebhafter Beifall.) Deutschland wird durchhalten

bis zur Erlangung eines Friedens,

der die ungeheuren Opfer, die er gekostet, lohnt und bis zur Erreichung der vollen Sicherheit dafür, daß wir nicht noch einmal wieder in so frevelhafter Weise wie jetzt von neidischen Feinden überfallen werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Vor Erreichung dieses Zieles wird unser Volk niemals den Frieden wollen. (Beifall.) Das wird der eine Gewinn dieses Krieges für unser Volk sein; aber noch eines: Nicht nur gesicherter in unserer äußeren Machtstellung wird unser Volk aus diesem schweren Kampfe hervorgehen, sondern auch **innerlich** gefestigter, geläuterter und stärker wird unser Volkstum, wie der Dichter gesungen hat, aus der Läuterungsglut dieses Weltbrandes hervorgehen. Wir werden stärker als zuvor aus diesem Kampfe hervorgehen für die Erfüllung der großen

Kulturmission des deutschen Volkes

unter den Völkern der Erde. (Lebhafter Beifall.) Das wird der zweite Gewinn dieses Krieges für unser Volkstum sein. Unser herrliches Heer unser Volk in Waffen zu Wasser und zu Lande und sein oberster Kriegsherr Se. Majestät der Kaiser und König leben hoch! (Das Haus und die Tribünen stimmen in den Ruf ein.)

Schluß der Sitzung: 3 Uhr.

*

Sitzung des Herrenhauses.

Nach Schluß der Sitzung des Abgeordnetenhauses unterbreitete der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums Dr. **Delbrück** dem Herrenhause die Kriegsvorlagen und gab ihnen dabei eine kurze Begründung. Die Bewilligung des beantragten Kredits werde der ganzen Welt zeigen, daß wir entschlossen sind das Schwert nicht eher aus der Hand zu legen, bis wir einen dauernden Frieden errungen haben und davor gesichert sind, daß wir nicht wieder überfallen werden, wie wir es in diesem Sommer erleben mußten. (Lebhafter Beifall.)

Die Vorlage wurde hierauf en bloc einstimmig angenommen.

In der **Schlußrede** gedachte Präsident **v. Wedel** der tapferen Armee und Marine und besonders des Generals v. Heseler, der dem Herrenhause angehört.

Gerichtssaal.

Frankfurter Strafkammer.

Heiratsschwindel. Einen alten Bekannten aus Offenbach sahen wir auf der Anklagebank der Frankfurter Strafkammer wieder. Unter den städtischen Beamten, die eine Reihe von Jahren die Stadt Offenbach betrogen, befand sich auch der Buchhalter Georg Böning, der seine Unterschleife mit zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis und soviel Ehrverlust büßte, daß er aus dem Heere ausgestoßen werden mußte. Er ist nun bis zum Heiratsschwindler heruntergesunken und hatte sich deshalb gestern vor der Strafkammer zu verantworten. Auf dem Tanzboden lernte er ein junges Dienstmädchen kennen, das seinen Liebesschwüren Gehör schenkte und an seine Heiratsversprechungen, die er sehr bald machte, um so eher glaubte, weil sie dachte, „sie habe doch keinen Bub vor sich". Herr Böning ist nämlich 36 Jahre alt. Daß er es nur auf Schwindel abgesehen hatte, geht daraus hervor, daß ihn die Braut nicht unter seinem richtigen Namen kennen lernte, sondern unter dem Namen Bernhard. Mosjö Bernhard hatte bald mal die Geldbörse „in der andern Hose gelassen" und die Braut mußte mit 20 Mark aushelfen. Dann hatte der Bräutigam andere Ausreden, und die Braut ließ ihn auf ihr Sparkassenbuch dreimal je 100 Mark abheben. Es kam der Krieg. Bernhard flunkerte, er müsse als Hanauer Ulan mit ins Feld rücken, setzte ein Testament auf, in dem er die Braut zur Erbin seines „beweglichen und unbeweglichen Vermögens" einsetzte, und machte bei dieser Gelegenheit eine Kriegsanleihe, wie er es nannte, von 100 Mark. Als er immer nicht eingezogen wurde, erklärte er der Braut, er müsse sich zur Verfügung halten, der Gestellungsbefehl könne jeden Tag kommen. Zuvor aber könne er ein gutes Geschäft machen, wenn er an die Bergstraße fahre und Aepfel kaufe, um sie in Frankfurt auf den Markt zu bringen. Zu dem guten Geschäft gab die Braut noch einmal 80 Mark her. So war sie glücklich 500 Mark los, als sie dahinter kam, daß sie einem Schwindler ins Garn gegangen war, der gar nicht Bernhard hieß, sondern Böning, der auch keine 3000 Mark in Wertpapieren besaß, wie er gelogen hatte, sondern arm wie Hiob war. Vor Gericht suchte sich Böning damit herauszureden, er habe sich auf einen Onkel in Paris verlassen, der ihm manchmal Geld geschickt habe. Wenn wieder eine Geldsendung kam, habe er den Schaden wieder gut machen wollen. Das Urteil lautet, auf ein Jahr Gefängnis.

Um zu renommieren. Dicktuerei hatte einen 18jährigen Metallarbeiter auf die Anklagebank gebracht. Er wollte gar zu gern mit in den Krieg ziehen und meldete sich in verschiedenen Städten als Kriegsfreiwilliger. Aber nirgends konnte er ankommen. Zuletzt hatte er sich in Köln vorgestellt. Es war wiederum nichts, und er bekam einen Schein, daß er nicht angenommen sei. Außerdem stand auf dem Schein: „Gültig zur Reise von Köln nach Frankfurt." Eines Tages nun wurde der junge Mann hier im Bahnhof festgenommen und man fand bei ihm den Schein und bemerkte, daß Aenderungen daran vorgenommen waren. Das Wort „nicht" vor „angenommen" war ausgestrichen und hinter die Worte „Gültig zur Reise von Köln nach Frankfurt" waren die Worte gesetzt „und zurück". Nun war der junge Mann wegen schwerer Urkundenfälschung angeklagt. Er gab vor Gericht an, er habe die Aenderungen an dem Schein nur vorgenommen, um bei seinen Bekannten zu renommieren, daß er angenommen sei. Die Absicht, etwa noch einmal umsonst nach Köln zu fahren, habe ihm ferngelegen. Das Gericht verurteilte ihn zu 14 Tagen Gefängnis.

Sterbefälle.

Auszug aus den Frankfurter Standesbüchern.

22. Sept. Sauter, Jakob, Wehrmann, Wirt, 35 J., im Lazarett der Festungs-Sanitäts-Kompagnie 1 in Belval.
19. Okt. Kiesel, Joh. Katbar., Näherin, led., 75 J., Windeckstr. 53.
20. Katzenburger, Karl Wilhelm Bernh. Aug., Bauarbeiter, verh., 40 J., etwa 10 Mtr. unterhalb der alten Brücke rechtsm. im Main.
21. Bender, Heinrich Ludwig, 10 J., Theobaldstr. 16.
21. Goldberg, Marcus, Kaufmann, ledig, 26 J., Windeckstr. 31.
21. Scherer, Therese, Buchbinderin, ledig, 48 J., Langestr. 4.
21. Schleicher, Rosa Karoline Babette, 10 J., Langestr. 4.
21. Heß, Konrad, Zimmermann, Wwr., 67 J., Thronerstr. 11.
21. Balz, Eva Marg., geb. Schneider, verh., 71 J., Brahmstr. 3.
21. Kohlberger, Christian Peter, Taglöhner, verh., 57 J., Elbestr. 45.
11. Cronau, Anna Elisabeth, Privatiere, 94 J., Höllgasse 11.
21. Kämmerer, Ferdinand Ludwig, 6 M., Eschenbachstr. 14.
21. Sauer, Marie Josephine Margarete, 10 M., Eschenbachstr. 14.
21. Matthies, Emma Anna, 1 J., Eschenbachstr. 14.
21. Sauer, Johann Jos., Maurermstr., verh., 57 J., Eschenbachstr. 14.
21. Zilles, Marie, 2 M., Eschenbachstr. 14.
22. Heim, Minna Marie, 1 J., Eschenbachstr. 14.
22. Kleiß, Eva, geb. Henkel, Wwe., 77 J., Langestr. 4.
22. Serba, Friederike, 8 M., Bergerstr. 313.

Verwundete und gefallene Krieger aus dem Verbreitungsgebiet der „Volksstimme".

Landwehr-Infanterieregiment Nr. 80, Wiesbaden (Bois-de-Lagarde am 24. und Col. de Ste. Maire am 28. September 1914):

1. Bataillon (Stab): Major Julius von Lengerke, Fulda, lvw. — Vzfeldw. und Adjutant Wilhelm Glahn, Witzenhausen, lvw.

1. Kompagnie: Untoffz. Wilh. Alfred Zeidler, Werbeng, lvw. — Gefr. Emil E. Albert Gabriel, Schönebeck, tot. — Peter Schmidt II., Hattenheim, tot. — Philipp Jakob Gardoll, Etville, tot. — Franz Kilp, Münster, tot. — Christian Reuß, Windshausen, tot. — Adam Christ, Ransel, tot. — Gefr. Arnold Franz, Wachendörfer, Schwanheim, vw. — Karl Wilh. Raave, Rothenditmold, schww. — Karl Braun II., Ellwangen, schww. — Johannes Wieland II., Reichental, schww. — Adam Weigelt, Eibengesäß, lvw. — Johann Ickstadt, Bockenhausen, lvw. — Schenke, vm.

2. Kompagnie: Untoffz. August Bosgeran, Griesheim, lvw. — Gefr. Karl Heinemann, Hausen, tot.

3. Kompagnie: Serg. Bernhard Hofmann, Feuerbach, lvw. — Gefr. Kurt Huppel, Gotha, vm. — Philipp Emig, Lörzenbach, tot. — Paul Bönisch, Schmottseifen, schww. — Johann Diefenbach, Holzhausen, schww. — Ehrhard Heimade, Nürnberg, lvw. — Johann Jungels, Oberjosbach, lvw. — Karl Landersheim, Wiesbaden, lvw. — Karl Weimar, Neuhof, lvw. — August Spies, Wiesbaden, tot.

4. Kompagnie: Gefr. Heinrich Reibold, Losch, lvw. — Jak. Chr. Ludwig, Kemel, tot. — Friedrich Mosbach, Wiesbaden, schww. — Johann Friedrich Schleeh, Geisenheim, lvw. — Karl Wilhelm Kgritz, Hofheim, lvw. — Jos. Karl Oberle, Niederwangen, lvw. — Franz Batter, Heisingen, lvw. — Johann Hermann Becht I., Wiesbaden, vm. — Wilhelm Janz, Geisenheim, vm. — Hickel, vm.

10. Kompagnie: Vzfeldw. Robert Beiken, Meheim, lvw. — Untoffz. Georg Schmidt, Weisenau, schww. — Reinhard Dicks, Paurod, tot. — Chr. Isselbächer, Scheidt, lvw. — Wilhelm Gödde, Hellmeringhausen, tot. — Gefr. Heinrich Tigges, Bigge, lvw. — Heinrich Röhm, Offenbach a. M., lvw. — Hubert Körner, Plaue, lvw. — Konrad Schrewe, Elpethal, lvw. — Peter Günster, lvw.

11. Kompagnie: Karl Betzel, Hofheim, lvw.

12. Kompagnie: Serg. Wilh. Hänchen, Wiesbaden, lvw. — Wilhelm Dresde, Wiesbaden, schww. — Karl Mohr, Mörsdorf, lvw. — Hermann Reimuth, Neukirchen, schww. — Johann Sturm, Wiesbaden, lvw. — Kaspar Wübbeck, Grafschaft Arnsberg, lvw. — Hch. Pink, Langenhain, lvw. — Joseph Rösch, Büdesheim, lvw.

Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 116: Gefr. Karl Schäfer, Neu-Isenburg, vm. — Heinr. Osteroth, Groß-Steinheim, vm. — Karl Diesl, Södel, lvw. — Wilh. Karl Kreilling, Wilbel, lvw. — Karl Wagner I., Södel, schww. — Gefr. Georg Wilh. Gutermuth, Groß-Karben, lvw. — **Untoffz. d. R. Christian Kopp, Obertshausen, leicht verwundet.**

Beilage zu Nr. 248 der Volksstimme.

Freitag den 23. Oktober 1914.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 23. Oktober 1914.

Beschlagnahmte Kirchen.

In Wiesbaden befinden sich zwei Kirchen ausländischer Religionsgemeinschaften, die griechische Kapelle und die englische Kirche an der Frankfurter Straße. Die englische Kirche gehört der Religionsgemeinschaft der in Wiesbaden ansässig gewesenen Engländer, sie wurde erst kürzlich aus Mitteln einer allgemeinen Sammlung beim Fünf-Uhr-Tee, die 20 000 Mark ergab, neu renoviert. Die griechische Kapelle, eigentlich ein Wahrzeichen Wiesbadens, das keinem Besucher unbekannt bleibt, wurde im Jahre 1855 auf Veranlassung des letzten Herzogs von Nassau, Adolf, als Grabmal seiner verstorbenen ersten Frau, einer russischen Großfürstin, errichtet. Die Kapelle ging vor Jahresfrist in den Besitz des russischen Staates über. Beide Kirchen wurden jetzt vom Staate beschlagnahmt. „Ach, wenn das der Petrus wüßte . . . .“

Polizeidiener als Wahlagitator.

In Rodheim a. B. hat der Gemeindediener zu der am 21. März stattgefundenen Gemeindewahl Flugblätter für einen bestimmten Kandidaten ausgetragen. Dieser Kandidat wurde auch gewählt, gegen die Wahl wurde aber von dem Wähler Krauskopf Einspruch erhoben und die Ungültigkeitserklärung beantragt, weil die Tätigkeit des Gemeindedieners bei der Wahl mit Recht als behördliche Wahlbeeinflussung angesehen wurde. Der Kreisausschuß hatte die Klage abgewiesen mit der Begründung, daß wohl die Flugblattverteilung des Gemeindedieners besser unterblieben wäre, daß aber die Verteilung nicht durch den Bürgermeister veranlaßt worden sei und somit ein behördlicher Druck auf die Wahlberechtigten nicht stattgefunden habe. Der Bezirksausschuß in Wiesbaden stellte sich auf denselben Standpunkt und wies die Klage ab.

Ratgeber für Feldpostsendungen und Liebesgaben.

Es ist bekannt geworden, daß vielfach „Frankfurter Würstchen“ in Kartons an die Feldtruppen zum Versand gekommen sind. Nach fachmännischem Urteil halten sich Würstchen in dieser Verpackung nur etwa drei bis vier Tage frisch und sind meistens später nicht mehr genießbar. In den wenigsten Fällen werden solche Zusendungen in der bezeichneten Zeit in die Hände der Truppen gelangen. Da sich bei solchen Wurstwaren nicht immer von außen erkennen läßt, daß sie bereits verdorben sind, kann ihr Genuß die schlimmsten Folgen haben. Es empfiehlt sich daher, derartige Wurstwaren nur in Konservendosen zu versenden.

Die „Volksstimme“ im Felde.

Aus einem Feldpostbrief wird unsere Leser folgende Stelle interessieren:

Mit der Zusendung der „Volksstimme“ hast Du mir eine rechte Freude gemacht. Sie kommt zwar nicht so regelmäßig wie man es in Frankfurt gewohnt ist, aber sie kommt. Wenn nachts die Post ausgerufen wird und ich bekomme etliche von den beliebten schmalen Paketchen ausgehändigt, bin ich immer der meist Umschwärmte. Alles drängt sich um mich, um Nachrichten aus der Heimat zu erhalten. Jedes Blatt wird mindestens von 10 bis 12 Kameraden gelesen und in den Schützengräben kann man sie recht oft mit der Frankfurter „Volksstimme“ in der Hand finden. Auch unser Hauptmann fordert mir das Blatt oft ab, und bei einer kleinen Diskussion über abgedruckte Feldpostbriefe und die anderen Kriegsnachrichten, meinte er vorgestern zu mir, er sei geradezu überrascht über die vornehme, dabei doch recht geschickt operierende Haltung unserer Presse. Schicke also die Zeitung ruhig weiter, das ist mir lieber als Schokolade und Zigaretten . . . . .

Die Redaktion der „Volksstimme“ wird bemüht sein, diese Anerkennung durch energische Wahrung der Arbeiterinteressen im Kriege zu verdienen!

Stadtverordneter Schupp gestorben. Am Mittwoch ist der Rentner und Stadtverordnete Gustav Schupp im Alter von 71 Jahren gestorben. Der Verstorbene saß seit 1891 im Stadtverordnetenkollegium, ist aber wenig hervorgetreten. Er gehörte verschiedenen Deputationen an.

Gegen das Ausländertum. Der stellvertretende kommandierende General des 18. Armeekorps, Frhr. v. Gall, hat folgende Verordnung erlassen: Sämtliche Vereine und Gesellschaften, insbesondere auch Aktiengesellschaften m. b. H., bei denen Angehörige feindlicher Staaten als Vorstandsmitglieder, Mitglieder des Aufsichtsrats oder Geschäftsführer bestellt sind, haben, soweit sie im Korpsbezirk des 18. Armeekorps ihren Sitz haben oder ihr Geschäft betreiben, binnen einer Woche nach Bekanntgabe dieser Verfügung dem stellvertretenden Generalkommando des 18. Armeekorps in Frankfurt a. M., Untermainkai 19, ein Verzeichnis dieser Mitglieder bezw. Geschäftsführer einzureichen.

Auskunft über vermißte Soldaten. Personen, die Auskunft über Kriegsgefangene wünschen, wenden sich zweckmäßig mit einer Postkarte an folgende Adresse: An das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, Ermittlungsbureau für Kriegsgefangene, Genf in der Schweiz. Die Rückseite der Postkarte ist nach folgendem Muster auszufüllen: Zu beantwortende Fragen: Name des Militärs, Vornamen, Rang, Truppengattung (Inkorporation), Nummer, Datum und Ort, an welchem er zuletzt gesehen, gefangen oder verletzt wurde, so genau wie möglich, Name und Adresse des Absenders.

Briefe ins feindliche Ausland. Die Deutsche Friedensgesellschaft, deren Sekretariat sich in Stuttgart befindet, hat es bekanntlich unternommen, Briefe an kriegsgefangene Personen ins feindliche Ausland, besonders nach England, zu vermitteln. Durch Vermittlung der Friedensvereine können auch Deutsche mit unbekannten Adressen ausfindig gemacht werden. Den zu befördernden Briefen ist beizulegen: eine internationale Antwortkarte für die Beförderung vom neutralen ins feindliche Ausland, die bei allen Postanstalten erhältlich ist, sowie das Porto zur Beförderung von Deutschland nach dem neutralen Ausland. Die Briefe sind am zweckmäßigsten in der Sprache des Landes abzufassen, an das sie gerichtet sind. Eventuell ist das Sekretariat der Friedensgesellschaften bereit, Uebersetzungen anzufertigen. Die Adresse des Sekretariats ist: Stuttgart, Werfmershalde 14.

Das statistische Jahrbuch der Stadt Wiesbaden für 1913 ist soeben erschienen und bringt noch einmal alle die statistischen Aufstellungen, die im Laufe des Jahres zerstreut erschienen sind. Bei der Bevölkerungsbewegung ist ein Verlust von 791 Personen festgestellt gegen einen Verlust von 934 1912 und 1172 1911. Die Zahl der Geburten betrug 1913 1641 gegen 1805 1912 und 1953 1911, die der Eheschließungen 833 1913, 920 1912 und 855 1911. Die Zahl der Sterbefälle betrug 1913 1511, 1912 1451, 1911 1558. Kinder unter 1 Jahr starben 1913 185. Die Sterblichkeit der Kinder unter 1 Jahr ist im Jahre 1913 wieder etwas in die Höhe gegangen. Unter 100 Kindern unter 1 Jahr starben 1913 11,27, gegen 9,53 1912, 11,93 1911, 10,10 1910, im Jahre 1907 jedoch noch 15,11.

Residenz-Theater. Die so warm aufgenommenen Einakter, Wicherts „Eisernes Kreuz“ und die beiden humoristischen Stücke „In Zivil“ und „Erster Klasse nach der Grenze“, werden auf besonderen Wunsch Freitag wiederholt. Schönthans feines Lustspiel „Maria Theresia“, das einen der größten Erfolge des alten Residenz-Theaters bildet, wird am Samstag und Sonntag neueinstudiert gegeben.

Auf der Städte-Ausstellung in Lyon, auf der jetzt die deutschen und österreichischen Pavillons beschlagnahmt wurden, befinden sich auch Wiesbadener Ausstellungsobjekte. Es sind dies Gegenstände und Pläne, die auch schon auf der Leipziger Baufachausstellung ausgestellt waren. Modelle des Kurhauses, des Theaters, des Adlerbades, der Kanalisation und der Wasserwerke, und vor allem das große Gemälde, Ansicht der Stadt, das eigens für die Ausstellung in Leipzig angefertigt wurde.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Dotzheim, 22. Okt. (Kriegerversicherung.) Der Bürgermeister richtet an die Vorstände aller Vereine im Dorfe ein Rundschreiben, in dem er die Vereine auffordert, zu der Versicherung der Dotzheimer Krieger in der Nassauischen Kriegsversicherung einen Beitrag zu leisten, wie das bereits in anderen Gemeinden, z. B. in Sonnenberg, geschehen sei.

Bierstadt, 22. Okt. (Gefährliche Schießerei.) Die Polizeiverwaltung setzt für die Ermittlung des Täters, der am 16. Oktober, abends 7½ Uhr, auf der Bierstadter Höhe zwischen der Villa Kron und dem nächsten Neubau ein auf der Straße gehendes Mädchen mit einem Sechs-Millimeter-Terzerol angeschossen hat, eine Belohnung aus. Alle Personen, die irgendwelche Wahrnehmungen gemacht haben, werden aufgefordert, ihre Angaben umgehend auf der Bürgermeisterei zu machen.

Vereine und Versammlungen.

Wiesbaden. Naturfreunde. Samstag 9 Uhr Zusammenkunft im Gewerkschaftshaus.

Dotzheim. Gewerkschaftskartell. Samstag halb 9 Uhr kombinierte Sitzung der Vorstände von Gewerkschaften und Partei und der Karteldelegierten in der „Krone“. T.-O.: Stellungnahme zur Gemeindekriegsfürsorge.

Aus den umliegenden Kreisen.

Eine ungültige Regierungsvorschrift.

Die Verordnung der Regierung zu Kassel vom Jahre 1911, welche die Schulversäumnisse betrifft und Strafen dafür androht, sollte Herr Schäfer aus der Gegend von Hanau übertreten haben. Er hatte seine Tochter eine Reihe von Tagen die Schule versäumen lassen und sie mit Krankheit entschuldigt. Als der Lehrer das Kind an einem dieser Tage auf der Straße hatte spielen sehn, glaubte er nicht mehr an die Krankheit und verlangte von Schäfer ein ärztliches Zeugnis über den Zustand des Kindes. Schäfer, beziehungsweise seine Frau, verweigerte die Beibringung des Zeugnisses.

Darauf wurde er wegen Uebertretung der erwähnten Verordnung über die Schulversäumnisse angeklagt und auch von der Strafkammer in Hanau verurteilt. Das Urteil berief sich namentlich auf eine Bestimmung der Verordnung, die vorschreibt, daß in Zweifelsfällen die Behauptung der Schulversäumnis wegen Krankheit mit einem ärztlichen Attest belegt werden müsse, was S. nicht getan habe.

Das Kammergericht hob auf die Revision des Angeklagten die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht in Hanau zurück.

Die Bestimmung in der Verordnung, so lautet die Begründung, welche die Beibringung eines ärztlichen Attestes verlange, könne als rechtgültig erlassen nicht angesehn werden. Nur die Nachlässigkeit der Eltern bei der gesetzlichen Fürsorge für den Schulbesuch ihrer Kinder könne bestraft werden. Die Nichtbeibringung eines ärztlichen Attestes falle nicht unter solche Nachlässigkeit. Ob ein Grund zur Schulversäumnis vorlag, habe der Richter nachzuprüfen. Eine solche Nachprüfung habe hier garnicht stattgefunden, da das Gericht allein schon deshalb, weil kein Attest beigebracht wurde, den Angeklagten verurteilt habe. Wegen Ungültigkeit jener Bestimmung könne also die Verurteilung nicht aufrecht erhalten werden. Das Landgericht müsse nunmehr selber nachprüfen, ob irgend ein triftiger Grund die Schulversäumnis an sich rechtfertigte.

Kartoffelwucher in Hanau.

Auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung hat in Hanau in den letzten Tagen eine schamlose Preistreiberei eingesetzt. Sie wurde noch unterstützt durch das ungerechtfertigte Vorgehen des Magistrats, der, anstatt den Preis herabzusetzen, ihn auf 8.50 Mark pro Malter hinaufschraubte. Schmunzelnd haben die Hanauer Großhändler diese Liebesgabe des Magistrats entgegengenommen und sie fordern heute prompt 8.50 Mark für den Doppelzentner. Gerechte Entrüstung herrscht über die Maßnahmen des Magistrats in der gesamten Bürgerschaft. Es ist aber auch ganz unverständlich, wie der Magistrat solchen Beschluß fassen konnte. Ist doch auch im Landkreise Hanau und in den benachbarten Kreisen die Kartoffelernte so ausgefallen, daß an einen wirklichen Mangel nicht gedacht werden kann. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Großhändler und die Produzenten als die Urheber dieser unglaublichen Preistreiberei bezeichnet. Diese Lebensmittelwucherer scheuen sich nicht, während der Kriegszeit sich am Elend der eigenen Volksgenossen zu bereichern. Eine traurige Moral. Die Situation wird hier immer kritischer. Die Behörden sind nach unserer Meinung verpflichtet, hier schleunigst einzugreifen, soll die Not der Bevölkerung nicht noch größer werden. Oder will man wirklich die Gesamtheit dem Eigennutz einzelner gewissenlosen Spekulanten opfern?

Das Gesetz vom 4. August zeigt den Weg, der gegangen werden kann. Es sagt: „Für die Dauer des gegenwärtigen Krieges können für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere für Nahrungsmittel und Futtermittel aller Art, sowie für rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe Höchstpreise festgesetzt werden.“ Weiter: „Weigert sich trotz Aufforderung der zuständigen Behörden ein Besitzer der genannten Gegenstände, sie zu den festgesetzten Preisen zu verkaufen, so kann die zuständige Behörde sie übernehmen und auf Rechnung und Kosten des Besitzers zu den festgesetzten Höchstpreisen verkaufen, soweit sie nicht für dessen eigenen Bedarf nötig sind.“ Hier sind also die gesetzlichen Mittel vorgezeichnet. Es ist hohe Zeit, daß nun endlich mit dem Lebensmittelwucher Schluß gemacht wird. Dringend notwendig wäre es, wenn sämtliche Lebensmittelpreise im Stadt- und Landkreis Hanau einer ständigen Kontrolle durch eine Lebensmittelkommission unterzogen werden. Den Konsumenten raten wir, nach wie zuvor kluge Zurückhaltung zu üben, unter allen Umständen mit größeren Einkäufen zurückzuhalten, wollen sie den Lebensmittelwucherern nicht in die Hände arbeiten.

Münzenberg, 22. Okt. (Unfall.) Beim Getreidedreschen geriet der 14jährige Sohn des Landwirts Chr. Müller in das Räderwerk der Maschine. Dem Jungen wurde der rechte Fuß vollständig abgerissen.

Darmstadt, 21. Okt. (Trauriger Kerl.) An einem Mädchen aus Wiesbaden, das am letzten Montag ihren Bräutigam auf dem Truppenübungsplatz besucht hatte, wurde am Vormittag desselben Tages in dem Griesheimer Wald ein frecher Notzuchtsversuch verübt. Auf das Schreien des Mädchens eilten Arbeiter herbei und verfolgten den Attentäter, der aber bis jetzt nicht festgenommen werden konnte. — (In dem Falle Vogt-Heydrich) sind, wie wir erfahren, die beiden Angeschuldigten nach der Prüfung auf ihren Geisteszustand für geistig normal erklärt und wieder nach Darmstadt in Untersuchungshaft gebracht worden. Die angeschuldigte Heydrich soll an Diphtherie erkrankt sein. Die Verhandlung gegen beide wird nunmehr im Dezember vor dem Schwurgericht stattfinden.

Marburg, 22. Okt. (Endlich!) Nachdem unsere biederen Landleute in den letzten Tagen den Preis für den Zentner Speisekartoffeln auf 4 Mark und darüber gesteigert hatten, sah sich der königliche Landrat doch veranlaßt, einen Höchstpreis von 3.50 Mark festzusetzen. Auch dieser Höchstpreis ist in Anbetracht der guten Ernte immer noch ein ziemlich hoher.

Darmstadt, 22. Okt. (Was ein Häkchen werden will . . . .) Ein Raubmordversuch vor der Strafkammer gehört zu den Seltenheiten. Der Angeklagte, der sich wegen dieses Verbrechens am Donnerstag vor der Darmstädter Strafkammer zu verantworten hatte, war noch nicht 18 Jahr alt, weshalb er nicht vor die Geschworenenbank kam. Seit zwei Jahren war der jetzt 17jährige Hausbursche Heinrich Kraft aus Hahn bei der Frau eines in türkischen Diensten stehenden Offiziers in Darmstadt in Stellung. Er stammt aus anständiger Familie, hatte die Volksschule mit Erfolg besucht und in seiner Dienstführung anfangs auch keinen Anlaß zu Klagen gegeben. Bei freier Station erhielt er monatlich 25 Mark. Aber seit Ende 1918 verkehrte er in Weiberkneipen. Das kostete viel Geld, das er sich zunächst verschaffte auf dem Wege von Betrügereien. Er unterschlug kleinere Geldbeträge, fälschte Rechnungen und Quittungen zum Nachteil der Frau v. Rogister. Am Fastnachtdienstag beschloß er, seine Herrin zu überfallen, um so zu einer größeren Geldsumme zu gelangen. Die beiden Dienstmädchen hatten Ausgang. Kraft fingierte einen Telephonanruf für seine Dienstherrin. Als er die Frau v. R. so an das Telephon gelockt hatte, warf er ihr einen bereitgehaltenen Pferdeteppich über und begann sie zu würgen. Die Frau setzte sich so gut es möglich war, zur Wehr und versprach dem Burschen auch, gutwillig Geld zu geben. Er ließ darauf von ihr ab und folgte ihr in das obere Stockwerk, wo sie das Geld aufbewahrt hatte. Als sie dort ihren erwachsenen Sohn antraf, verfiel der Räuber der Polizei. Der Angeklagte erklärte, es nur auf das Portemonnaie und den Geldschrankschlüssel der Gnädigen abgesehen zu haben, jede Tötungsabsicht bestritt er. Der Staatsanwalt plädierte aber für schuldig des Raubmordversuchs. Das Gericht hielt indessen nur den Raubversuch als festgestellt und erkannte dafür, wie für die begangenen Diebstähle, Unterschlagungen und Urkundenfälschungen auf insgesamt 4½ Jahre Gefängnis, auf die 6 Monate der Untersuchungshaft aufgerechnet wurden.

Aus Frankfurt a. M.

Gegen die Kartoffelwucherer.

Wie dringend notwendig ein energisches Einschreiten der Behörden gegen die Kartoffelwucherer ist, erhellt aus den zahlreichen Zuschriften, die uns zugehen. So schreibt uns heute ein Bürger aus der Hohenstaufenstraße:

Die Händler haben schon seit Wochen ihre Kartoffeln waggonweise in die Keller geschafft und dort lagern. Dies konnte ich selbst beobachten. Anfangs dieses Monats hat ein Kartoffelhändler namens D., der in der Hohenstaufenstraße ein großes Lager und einen Laden unterhält, Wagen auf Wagen mit Kartoffeln in seinen Keller geschafft. Zu Anfang des Monats war der Preis der Kartoffeln pro Zentner 3.50 Mark, dann 3.75 Mark, und jetzt wurde er plötzlich auf 4.25 Mark von dem Händler in die Höhe geschraubt, also innerhalb weniger Tage um eine halbe Mark erhöht. Der Mann verfährt also ganz willkürlich mit seinen Kartoffelpreisen.

In einer anderen Zuschrift heißt es:

Ich ging dieser Tage auf die Kartoffelsuche nach Praunheim. Auf dem Hinwege begegneten mir kleine Leute mit Karren, worauf zwei, drei und mehr Säcke Kartoffeln lagen. Ich fragte: Was kosten diese Kartoffeln? Antwort: 7 Mark, aber holen müssen wir sie selbst. Im Orte selbst traf ich einen Frankfurter mit einem Karren voll Kartoffeln. Auf meine Frage nach dem Preis erhielt ich die Antwort: 7.50 Mark, aber die Bauern wollen keine mehr abgeben, ich konnte nur mit größter Mühe diese sechs Zentner noch bekommen. Unter diesen Umständen sah ich davon ab, in Praunheim weiter zu fragen und machte mich auf den Weg nach Niederursel. Es begegnen mir einige Bauern mit hochbeladenen Kartoffelfuhren. Ich frage wieder. Antwort: 6 Mark nach Frankfurt geliefert. Hocherfreut, doch einmal einen vernünftigen Preis zu hören, ersuche ich den Mann, mir auch zehn Zentner zu bringen. Der Bauer aber lachte mir ins Gesicht und sagte: Diese habe ich in meiner Dummheit bereits vor vier Wochen verkauft; aber jetzt gebe ich keine mehr unter 7.50 Mark ab. Der Mann war von Stierstadt. In Niederursel ging ich links in das dritte oder vierte Haus. In einer Scheune saß der Besitzer des Gehöfts, ein gewisser Reif, mit einigen Knechten vor einem riesigen Haufen Kartoffeln, die ausgelesen wurden. Ich fragte nach dem Preis.

Herr Reif, dem es offenbar schwer fiel, infolge seines ungeheuren Umfanges, aufzustehen, schaute mich zuerst von unten prüfend an und antwortete dann: Heute 8 Mark! Ich drehte mich um und ging fort. Dabei hörte ich noch das Hohngelächter des Besitzers. Auch bei andern Bauern im Orte, dann in Stierstadt, Weißkirchen, Niederhöchstadt, Soffenheim: überall die gleichen hohen Preise. Fragt man im Ernste nach der Ursache dieser Teuerung, dann antworten alle gleichförmig: Der Krieg! Der Krieg! Alle benutzen den Krieg, um einen Extraprofit einzuheimsen. Wenn die Regierung oder die Militärbehörden hier nicht bald ein ernstes Veto einlegen, sind die Folgen dieser Preistreiberei gar nicht abzusehen.

Ganz recht. Das scheint auch das Generalkommando in Essen bereits erkannt zu haben. Denn der stellvertretende kommandierende General Frhr. v. Bissing gibt folgendes bekannt:

Aus allen Schichten der Bevölkerung meines Korpsbezirks gehen mir fortwährend Klagen darüber zu, daß die Kartoffelpreise, insbesondere im Kleinhandel, eine abnorme Höhe (stellenweise 5 Mark und darüber) erreicht hätten, ja, daß sogar vielfach Kartoffeln überhaupt nicht zu kaufen wären, **weil die Produzenten in Erwartung noch höherer Preise die Ware zurückhielten.** Desgleichen wird vielfach auch über viel zu hohe Preise für Brotgetreide, Mehl und Hülsenfrüchte geklagt. Um diesen namentlich für die ärmeren Klassen so schmählichen Preistreibereien entgegenzutreten, **halte ich die Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln in denjenigen Bezirken, in denen solche Mißstände vorliegen, für dringend notwendig.** Ich habe deshalb die zuständigen Regierungspräsidenten ersucht, umgehend das Erforderliche auf Grund des Gesetzes vom 4. August dieses Jahres zu veranlassen. Sodann weise ich zur Warnung der Verkäufer auf § 2 des genannten Gesetzes hin, welcher lautet: „Weigert sich trotz der Aufforderung der zuständigen Behörde ein Besitzer von Gegenständen, sie zu den festgesetzten Höchstpreisen zu verkaufen, so kann die zuständige Behörde sie übernehmen und **auf Rechnung und Kosten des Besitzers zu den festgesetzten Höchstpreisen verkaufen,** soweit sie nicht für dessen eignen Bedarf nötig sind.

In ähnlicher Weise sollte auch die Frankfurter Armeekorps-Verwaltung gegen die Kartoffelwucherer vorgehen. Denn die Zivilbehörden scheinen tatsächlich auf dem überaus wichtigen Gebiete der Nahrungsversorgung zu versagen. Selbst ein Blatt wie die „Deutsche Tageszeitung" klagt bitter über die noch fortwährende Steigerung der Getreidepreise und bedauert, daß nichts Durchgreifendes dagegen geschehe. Jedes Zeitversäumnis der Behörden vermehrt die Verwirrung und erhöht überdies die Gefahr, **daß die Höchstpreise mit Rücksicht auf den phantastisch gesteigerten Marktpreis zu hoch angesetzt werden.** Der Bevölkerung ist natürlich nichts an der Festsetzung von Höchstpreisen an sich gelegen, sondern daran, daß die Preise angemessen sind, um ihr eine einigermaßen erträgliche Lebensführung zu gestatten. Was sie über die militärischen Maßnahmen hinaus verlangen muß, ist ein **rasches** und **energisches Eingreifen des Bundesrats.** Mit einem energischen Ruck müssen die Preise auf einen Stand zurückgeschraubt werden, der es den Landwirten ermöglicht, ihre durchschnittlichen Produktionskosten zu decken, der aber auf spekulative Interessen keine Rücksicht nimmt.

Zu groß sind schon die Summen, die das Volk den Lebensmittelwucherern opfern mußte. Bedenkt man, daß die Getreidepreise — bei einem Jahresbedarf von 16 Millionen Tonnen — seit Kriegsausbruch **Preissteigerungen von 50 bis 60 Mark** erfahren haben, rechnet man die Preissteigerung der Kartoffeln und sonstiger wichtiger Lebensmittel hinzu, so kommt man zu einem Betrag, der eine Milliarde jedenfalls weit übersteigt. Ein sehr großer Teil dieses Betrages würde aber Leuten zugute kommen, die nach ihrer ganzen Lebenshaltung einer Unterstützung aus Mitteln der Allgemeinheit keineswegs bedürftig sind: Großgrundbesitzern und Großhändlern. Es ist darum mehr als begreiflich, daß die Frage, wann endlich die Festsetzung der Höchstpreise erfolgen soll, und in welcher Höhe sie erfolgen soll, allenthalben mit steigender Ungeduld erörtert wird. Das ganze Volk muß jetzt die Lasten tragen, die der Krieg notwendigerweise mit sich bringt, aber niemand kann einen Zustand verteidigen, der das Leben der ungeheuren Mehrheit überflüssig erschwert, einer kleinen Minderheit aber ungemessenen Gewinn bringt. **Die Volksernährung im Kriege darf nicht der Gegenstand gewinnsüchtiger Spekulation sein, wenn nicht eine Stimmung Platz greifen soll, die verhängnisvoll werden könnte.**

Die private Kriegsfürsorge.

Die Zentralleitung der Kriegsfürsorge, Abteilung Familienhilfe, schreibt uns:

„Die private Kriegsfürsorge, welche es sich bekanntlich zur Aufgabe gemacht hat, durch Gewährung von Zuschüssen jeder durch den Krieg in Not geratenen Familie ein wenn auch bescheidenes Mindesteinkommen zu gewährleisten, hat mit Rücksicht auf den erhöhten Winterbedarf die Einheitssätze, bis zu welchen regelmäßig die Einnahmen der Hilfsbedürftigen aufgefüllt werden sollen, ab 1. November wie folgt festgesetzt:

38 Mark für eine alleinstehende Person (bisher 32 Mark).
50 Mark für ein Ehepaar (bisher 44 Mark).
9 Mark für jedes Kind.

Außerdem werden daneben wie bisher im Bedarfsfalle Mietbeihilfen gegeben, ferner werden Versicherungsbeiträge für die Krankenkasse, sowie in außerordentlichen Notfällen einmalige Unterstützungen gewährt.

Soweit die genannten Einheitssätze im Einzelfall für den Lebensbedarf einer Familie bezw. einer Einzelperson nicht ausreichen, sind die Bezirksstellen entsprechend dem seitherigen Verfahren ermächtigt, mit Zustimmung einer Bestätigungskommission auch entsprechend höhere laufende Unterstützungen zu bewilligen.

Mit der erwähnten Erhöhung der Einheitssätze glaubte man den Umständen der nächsten Zeit gerecht zu werden, indem man sich eine weitere Erhöhung für den strengen Winter bei etwa eintretender Verschärfung der allgemeinen Notlage vorbehielt.

Die Unterstützungen in den beiden ersten Wochen des Oktober, die seitens der Bezirksstellen geleistet wurden, überstiegen den Betrag von 145 000 Mark, darunter wurden mehr als 35 000 Mark für Mietunterstützungen über die Regel hinaus gezahlt. Die Beträge werden nach der neuen Heraufsetzung für den Winter nicht unbeträchtlich steigen. Die seit Beginn der Unterstützungstätigkeit stetig wachsenden Ausgaben der privaten Kriegsfürsorge, Abteilung Familienhilfe, haben bereits die Höhe von 620 000 Mark überschritten."

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Georg Maibach, Holzhausen
gefallen am 22. August in Frankreich

Kaspar Clement, Langendiebach
gefallen in Frankreich

Krieg und Schneiderverband.

In den „Henningersälen" tagte am Dienstagabend eine sehr stark besuchte gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der Arbeitnehmerorganisationen im Schneidergewerbe, die sich mit der Entlohnung bei Anfertigung von Militärausrüstungsgegenständen beschäftigte. Hierzu waren Einladungen an den Magistrat, den Kommandierenden General, die Kriegsfürsorge, das Gewerbegericht und die städtische Arbeitsvermittelungsstelle ergangen. Erschienen waren: Herr Amtsgerichtsrat Dr. Levy für die Kriegsfürsorge, Herr Magistratssyndikus Dr. Hiller vom Gewerbegericht, von der städtischen Arbeitsvermittelungsstelle Herr Dr. Schlotter und die Beamtinnen der Vermittelungsstelle für weibliches Personal. Vom stellvertretenden Generalkommando des 18. Armeekorps ist nachträglich ein Schreiben eingegangen, in welchem anheim gegeben wird, wegen der fraglichen Angelegenheit mit Herrn Oberkriegsgerichtsrat Wessig zu unterhandeln.

Geschäftsführer Brennecke vom Schneiderverband gab zunächst ein kurzes Bild von der Einwirkung des Krieges auf das Schneidergewerbe. Die große Arbeitslosigkeit, die in den ersten Augustwochen eintrat, ist inzwischen dadurch wesentlich behoben, daß ein großer Teil der Firmen alle Anstrengungen macht, die Leute weiter zu beschäftigen, und daß von den Bekleidungsämtern in Kassel und Koblenz große Mengen von Heeresarbeiten hierher gegeben wurden. Auf diese hatten nun viele Berufsgenossen ihre Hoffnung gesetzt, leider müsse heute festgestellt werden, daß die Arbeiterschaft darin enttäuscht wurde. Die Löhne, die gezahlt werden, können nicht als auskömmlich oder ortsüblich bezeichnet werden. Die genannten Bekleidungsämter berechnen schlechtere Arbeitslöhne als fast sämtliche übrigen Bekleidungsämter. So zahlen die Aemter in Bayern, Berlin, Altona, Karlsruhe, Magdeburg, Münster i. W. wesentlich höhere Arbeitslöhne, wie die Aemter in Kassel und Koblenz. Dann haben aber auch einige Arbeitgeber, besonders diejenigen der Großkonfektion, Spesenabzüge für sich in Anrechnung gebracht, die 25 bis 50 Prozent vom Arbeitslohn betragen. Wenn auch zugegeben wird, daß die Arbeiten diesen Firmen zum großen Teil durch zweite Hand zugehen, so könne man unter diesen Umständen wohl einen Abzug von 25 Prozent zugeben, was darüber hinaus gehe, sei ungerechtfertigt.

Die Lohnsätze des Bekleidungsamtes in Kassel sind folgende: Waffenrock 8.75 Mark, Mantel für Fußtruppen 5.75 Mark, Hose 2.75 Mark. Die aus Mitgliedern der Innung gegründete Uniformschneiderei G. m. b. H. und die Firma Carsch & Co., sowie noch einige Firmen der Detailkonfektion, zahlen für Waffenrock 7.25 Mark, Mantel 4.75 Mark und Hose 2.20 Mark an Arbeitslohn. Die Firmen der Großkonfektion zahlen für Rock auf Werkstatt angefertigt 5.50 Mark, den Heimarbeitern dafür nur 5 Mark, für Mantel 3.60 Mark und für Hose 1.50 Mark. Zu Anfang zahlten diese Firmen für Mantel nur 3.30 Mark und für Hose nur 1.30 Mark; für einige Hosen wurden auf dem Lande nur 90 Pfennig bezahlt. Bei diesen Firmen brauchen die Schneider die Knopflöcher nicht zu machen, was für sie einen Vorteil von 30 bis 40 Pfennig bedeutet. Die Löhne der zuerst genannten Firmen kann man unter Berücksichtigung der Umstände als einigermaßen angemessen bezeichnen. Mit den Großkonfektionären schweben seit sechs Wochen Verhandlungen vor dem Gewerbegericht. Eine Einigung der Parteien war nicht möglich, so daß Herr Magistratssyndikus Dr. Hiller jetzt folgenden Einigungsvorschlag gemacht hat:

Hose für Fußtruppen	1.80 Mark,
Landsturmrock, Heimarbeit	5.30 „
Landsturmrock, auf Werkstatt . . .	5.80 „
Infanteriewaffenrock, Heimarbeit .	5.80 „
Infanteriewaffenrock, auf Werkstatt	6.30 „
Mantel für Fußtruppen	3.85 „

Diese Lohnsätze verstehen sich ohne Knopflöcher. Die Nähzutaten sind vom Geschäft gratis zu liefern. Die Löhne gelten für alle nach dem 6. September ausgegebenen Arbeiten rückwirkend.

Redner bezeichnete diese Löhne als unzureichend. Besonders kritisierte er, daß die Heimarbeiter niedriger entlohnt werden sollten wie die Werkstattarbeiter. Er empfahl dann schließlich die Annahme dieses Vorschlages, weil es jetzt nicht möglich sei, weitere gewerkschaftliche Mittel in Anwendung zu bringen, und weil man annehmen könne, daß durch Verhandlungen mit der Militärbehörde höhere Löhne noch erreicht werden können. Die Lohnsätze der Innung und anderer Firmen werden hiervon nicht berührt. Die Löhne, die an Heimarbeiterinnen und Schneiderinnen für kleine Ausrüstungsstücke, wie Helmbezüge, Patronentaschen, Unterzeuge und Krankenanzüge, gezahlt werden, sind zum großen Teil im Verhältnis noch niedriger. Hierbei werden Arbeitslöhne von 8 bis höchstens 25 Pfennig pro Stunde erzielt. Der Referent beantragte dann die Einsetzung einer Kommission, welche die ganze Angelegenheit weiter bearbeiten soll.

In der Diskussion machten die Kollegen Leißner und Ritter Mitteilungen über die Löhne, die sie selbst bei diesen Arbeiten verdient haben. Es würden Stundenlöhne von 30 Pfennig, bei Anfertigung von Mänteln auch nur von 20 Pfennig erzielt. Reichstagsabgeordneter Dr. Quarck berichtete über Verhandlungen mit dem Proviantamt, und empfahl, die ganze Angelegenheit der Militärbehörde zu unterbreiten. Er selbst stellte sich zur Verfügung, die Sache eventuell dem Kriegsminister selbst vorzutragen. Man könne auf Entgegenkommen bei der Militärbehörde rechnen.

Kollege Plettl bezeichnete den Einigungsvorschlag des Gewerbegerichtsvorsitzenden für Frankfurt als viel zu niedrig. Schon jetzt seien in Nachbarstädten bessere Lohnsätze vertraglich vereinbart. Er legte folgende Resolution vor, die Annahme fand:

Die Versammelten erachten die in dem Einigungsvorschlag des Gewerbegerichtsvorsitzenden, Magistratssyndikus Dr. Hiller, vorgesehenen Lohnsätze für die Militärlieferungsarbeiten, mit Rücksicht auf die anderorts getroffenen Vereinbarungen, wie der gegebenen örtlichen Verhältnisse, als völlig unzureichend.

Wenn sie denselben trotzdem zustimmen, so nur unter der Voraussetzung, daß die bislang durch die hiesigen Konfektionsgeschäfte fertiggestellten Arbeiten zum größten Teil auf Rechnung von Zwischenunternehmern für die an sich zu gering entlohnten Lieferungen der Bekleidungsämter Kassel und Koblenz bestimmt waren.

Es wird daher der dringende Wunsch ausgesprochen, daß es den Bemühungen der Organisationsleitungen recht bald gelingen möge, bessere Bezahlung durch die genannten Aemter zu erzielen, um dann die Lohnfrage in auskömmlicher, befriedigender Weise endgültig lösen zu können.

Hierauf nahm Magistratssyndikus Dr. Hiller das Wort, der ausführte, daß die Großkonfektionäre ihre Aufträge zum größten Teil durch zweite Hand hätten, wovon er sich selbst überzeugt habe. Von der Annahme seines Vorschlages sei für die Zukunft nichts zu befürchten, da jetzt außergewöhnliche Umstände in Frage kämen. Es sei auch selbstverständlich, daß die Löhne der übrigen Firmen hier am Orte dadurch in keiner Weise berührt würden. Auch die Unternehmer seien mit seinem Vorschlage nicht zufrieden. Der Einigungsvorschlag wurde dann mit knapper Mehrheit angenommen. Schließlich wurde eine Kommission aus Mitgliedern der beteiligten Organisationen gewählt, deren Aufgabe es sein soll, die ganze Angelegenheit im Interesse der Arbeitenden weiter zu behandeln.

Briefkasten der Redaktion.

O. H., Frankfurt. Darüber können wir keine Auskunft geben. Wenden Sie sich an den Radfahrerbund.

M. L., Frankfurt. Die Erfüllung der Alimentationspflicht wird durch den Krieg nicht berührt. Ist der zur Alimentation Verpflichtete zum Heere berufen, so ruht so lange die Bezahlung der Alimente.

Krankenkasse Wetzlar. Unseres Erachtens ist die Kasse nicht verpflichtet, die Differenz zu bezahlen, weil in der Zeit des Militärdienstes keine durch Krankheit hervorgerufene Arbeitsunfähigkeit vorlag.

E. A. 50. Ja, wenn die Söhne für den Unterhalt der Eltern vor dem Kriege sorgten.

Ein Abonnent. Wir erachten es nicht als unsere Aufgabe, nach Engländern in Frankfurt zu schnüffeln. Im übrigen seien Sie unbesorgt: die Ausländer werden zur Zeit von der Polizei scharf beobachtet.

Telegramme.

Das Ende des Luxemburg-Prozesses.

Leipzig, 22. Okt. Das Reichsgericht verwarf die Revision von Rosa Luxemburg gegen das am 20. Februar von der Frankfurter Strafkammer gefällte Urteil, das wegen Aufforderung vor öffentlicher Menschenmenge zum Ungehorsam gegen die Gesetze (§ 110 des Str.-G.-B.) auf ein Jahr Gefängnis gelautet hatte.

Wiesbadener Theater.

Residenztheater.

Freitag, 23. Okt., 7 Uhr: „Das eiserne Kreuz". „In Zivil". „I. Klasse nach der Grenze".
Samstag, 24. Okt., 7 Uhr: Neu einstudiert: „Maria Theresia".
Sonntag, 25. Okt., 7 Uhr: „Maria Theresia".

Königliches Theater.

Freitag, 23. Okt., 7 Uhr: „Minna von Barnhelm". Ab. C.
Samstag, 24. Okt., 7 Uhr: „Undine". Ab. B.
Sonntag, 25. Okt., 7 Uhr: „Aida". Ab. A.
Montag, 26. Okt.: Geschlossen.

Zentralverband der Tapezierer.
Filiale Wiesbaden.

Unseren Mitgliedern machen wir hierdurch die Mitteilung, dass unser treues Mitglied

Wilhelm Rüfer

Unteroffizier der 3. Komp. Füs.-Regt. No. 80
in Frankreich gefallen ist. W 426
Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.
Der Vorstand.

Ihr eigener Schaden
ist es, wenn Sie bei den teueren Zeiten nicht die Gelegenheit ergreifen, **billig** einzukaufen.
Schuhhaus DEUSER
Wiesbaden, Bleichstrasse 5
neben Hotel Vater Rhein. 09050

Schuhwarenhaus.
Grosses Lager aller Sorten **Schuhwaren** in **guter Qualität** **zu billigen Preisen.**
Anfertigung nach Mass. — Reparaturen gut und billig.
Bernh. Schnütgen, Wellritzstr. 23.
Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Kommen Sie zu mir, wenn Sie Schuhe brauchen!
Jourdan, Wiesbaden,
Michelsberg, Ecke Schwalbacherstrasse.
Alte Bezugsquelle, solide Schuhwaren zu billigsten Preisen zu kaufen.
Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

29 Bleichstraße 29
Rindfleisch ohne Unterschied der Stücke Pfund nur **70** Pfg.
Prima Mast-Kalbfleisch von nur fetten Kälbern Pfd. nur **70** und **75** Pfg.
Fleisch zum Schlachten billigst.
Wiesbadener Fleisch-Konsum W 427
Adam Schmitt
29 Bleichstrasse 29.

Am **billigsten** kauft man
neue u. getragene Schuhe u. Stiefel, Arbeitskleider usw.
bei
Pius Schneider
Wiesbaden, Hochstettenstr. 16
Ecke Michelsberg. 0383
Alle Reparaturen prompt u. billig.

Flaschenbierhandlung
von Joh. Walter, Wiesbaden
empfiehlt Frankfurter Bürgerbräu, hell u. dunkel. Lieferant des Konsumvereins Wiesbaden u. Umgegend. Bestellungen nehmen entgegen: die Verkaufsstellen d. Konsumvereins. Lieferung von 10 Flaschen frei ins Haus. — **Telephon 2856.**

Christentum u. Sozialismus.
Von A. Bebel. Preis 10 ₰
Buchhandlung Volksstimme